

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend - Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. - Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-5. - Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 52

Berlin, den 27. Dezember 1930

5. Jahrgang

Zum Jahresabschluss.

Zu Beginn des Jahres 1930 machten sich bereits die ersten Anzeichen der Wirtschaftskrise bemerkbar, aber kein Mensch konnte voraussehen, daß es so schlimm kommen werde. Die auf Verbesserung der Erwartungen schlugen ins Gegenteil um, und von Monat zu Monat wurden die Verhältnisse unerträglicher, das gilt für die Wirtschaft, für die Politik und für die Kultur. Das verfluchte Jahr stand völlig im Zeichen der Krise und des sozialen Rückschritts, für die Arbeiterschaft war es ein Kampf- und Leidensjahr.

Die Schuld an diesen Zuständen trägt das kapitalistische Wirtschaftssystem, weil es in eine der schlimmsten Krisen, die wir in den letzten Jahrzehnten hatten, ausartete. Die gesamte Weltwirtschaft ist durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen worden, fast alle Länder der Welt sind von ihr erfaßt, und jeder Wirtschaftszweig hat darunter zu leiden. Am schlimmsten sind natürlich die Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter betroffen, weil die langjährige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für viele Menschen eine Katastrophe bedeutet. Am ganzen Gesellschaftsleben sind ja auch die schweren Folgen des überaus starken Rückganges unseres Wirtschaftslebens zu erkennen, und besonders stark spiegeln die Arbeitslosenzahlen den Krisenstand der Wirtschaft wider. Schon zum Jahresbeginn 1930 erschien die Arbeitslosigkeit ziemlich hoch, aber im Verlauf des Jahres war wahrzunehmen, daß der Höchststand noch keineswegs erreicht war. Ein Vergleich mit den Vorjahren läßt erkennen, welchen ungeheuren Umfang die Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 erreichte. Wenn in dem bestbeschäftigten Sommermonat Juli 1928 676.000 und 1929 864.000 Arbeitslose vorhanden waren, so kamen wir in der gleichen Zeit des verfluchten Jahres auf 2.300.000 Arbeitslose. Wenn man dazu noch die Kurzarbeit und all die wirtschaftlichen Schwierigkeiten rechnet, so läßt sich ungefähr die Summe des Elends und der Not in der Arbeiterschaft ermessen, die die Wirtschaftskrise über sie brachte.

In die Zeit rückgängiger Wirtschaft kam zu allem Unglück auch noch eine Neuregelung der Reparationszahlungen im Young-Plan, die die deutschen Besitzenden zum Unlak nahmen, dem arbeitenden Volke die daraus entstehenden Lasten aufzubürden, und ferner eine Veränderung in der Zusammenlegung der Reichsregierung, die den Kurs des deutschen Regierungsschiffes nach rechts einleitete. Die Neubildung der Reichsregierung ohne Sozialdemokraten führte schon nach kurzer Zeit zu verschärften Angriffen der Sozialreaktion und zur Verschlechterung der Sozialgesetzgebung, besonders der Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

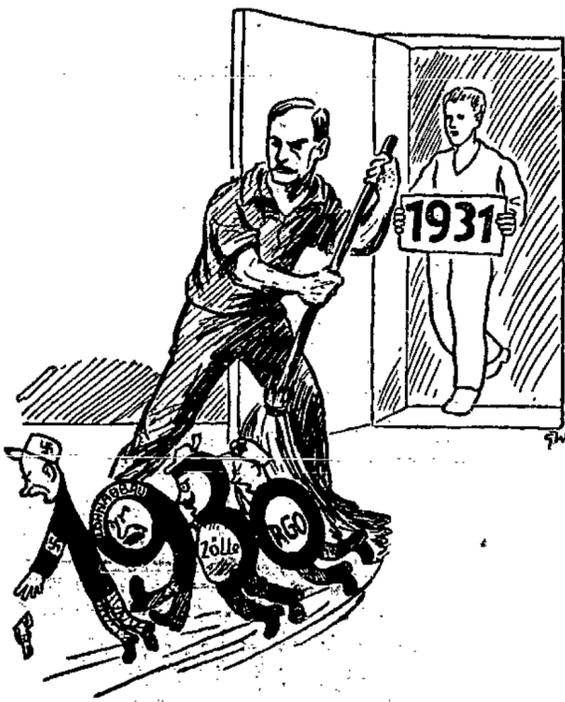
Damit waren die politischen Gegner der Arbeiterschaft, die wirtschaftlichen Nutznießer der Krise und der sozialreaktionären Politik, noch keineswegs zufrieden. Sie sorgten für sich und ihre Kreise durch Erhöhung besonders der Lebensmittelpreise, verteuerten die Preise, verschlechterten die Wohnungsverhältnisse. Die Wirkung war, die beschlossenen Schichten wurden direkt und indirekt durch die Maßnahmen zugunsten der Großlandwirtschaft, der Hausbesitzer, der Gewerbetreibenden außerordentlich stark belastet, und die getriebene Politik wirkte sich für die Reperteiten in klingender Münze aus. Die Allgemeinheit hatte die Kosten aufzubringen.

Der alte Reichstag wurde im April aufgelöst und der neu gewählte, der geschwächte Mittelparteien und gestärkte Extreme aufwies, änderte auch nichts an diesen Zuständen. Die schon vor der Neuwahl faste ausgefallene Diktatur unter den schützenden Fittichen des Reichspräsidenten regiert nun weiter und führt die Geschäfte des Staates bis —

Die letzten Monate des Jahres 1930 waren nicht nur politisch, sondern vor allem wirtschaftlich und sozialpolitisch ereignisvoll, weil das Unternehmertum zum offenen Lohnabbau vorging. Nicht genug, daß die Arbeiterschaft mit höheren Soziallasten, höheren direkten und indirekten Steuern bedacht wurde, nun werden ihr noch unter amtlicher Mitwirkung die Löhne gekürzt, und zwar in einem Maße, das sich sehr nachteilig auf die gesamte Lebenshaltung auswirken muß.

Das deutsche Unternehmertum führte und führt noch die schärfsten Angriffe gegen die Arbeiterschaft und versucht, die wirtschaftliche Not zum Gewinnstreben auszunutzen. Wohl begründet es sein Verhalten damit, die Wirtschaft müsse angehebert werden, aber es stellt sich das Gegenteil heraus. Das Institut für Konjunkturforschung hat in einem Einkommensausfall an Lohn und Gehalt in diesem Jahr bereits auf 4 Milliarden Reichsmark, das sind rund 10 Proz. des gesamten Lohn- und Gehaltsaufkommens. Da die Kaufkraft ohnehin ungenügend ist, und da den Betrieben die Aufträge fehlen, muß der Ausfall der 4 Milliarden die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse weiter verschlechtern. Die Unternehmer tragen also zur Verschärfung der Krise bei. Das Institut für Konjunkturforschung macht in seinem am 1. Dezember abgeschlossenen Vierteljahrsbericht auf die Auswirkung aufmerksam und konstatiert für Deutschland einen Konjunkturrückschlag von einer kaum jemals erlebten Schwere. Der Rückgang von Produktion und Verbrauch habe sich weiter fortgesetzt. Die Anzeichen einer sich langsam abbahnenden Festigung der Wirtschaftslage, die Mitte 1930 hervortreten begannen, seien von der Vertrauenskrise vernichtet worden. Symptome für eine Besserung seien, zumal schon die Saisonbedingungen eine weitere Belastung des

Arbeitsmarktes erwarten lassen, nicht zu erkennen. Die industrielle Produktion liege um rund ein Viertel, auf Teilgebieten um beinahe die Hälfte unter Vorjahrshöhe. Die Arbeitslosigkeit erstreckte sich auf 3 1/2 Millionen Menschen: ungefähr ein Sechstel der Arbeiter und Angestellten sind aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet, wozu neben jahreszeitlichen Einflüssen vor allem der anhaltende Konjunkturrückgang in den



Produktionsgüterindustrien und in der Bauwirtschaft beigetragen hat. Eine Zahl von 4 1/2 Millionen Arbeitslosen in den Wintermonaten liege durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Die Verfüllung des Geldmarktes wurde durch Abziehung von Auslandskrediten und Kapitalflucht unterbrochen. Die künftige Entwicklung werde zum großen Teil davon abhängen, in welchem Grade die von dem Tiefstand der Wirtschaftstätigkeit ausgehende Erleichterungstendenz durch die Festigung der innerpolitischen Verhältnisse unterstützt werde. Auch auf dem Kapitalmarkt hänge die künftige Gestaltung wesentlich von den inner-

politischen Verhältnissen ab. Die deutsche Rohstoffeinfuhr habe sich in den letzten Monaten nach Ausschaltung der Saisonbewegung mengenmäßig ungefähr behauptet. Der seit einem Jahr feststehende Rückgang der Fertigwarenausfuhr habe sich in den letzten Monaten nicht mehr fortgesetzt.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind also außerordentlich trübe, und wenn gar der Lohnabbau und die Belastung der Arbeiterschaft noch größer wird, muß eine Verschärfung der Krise hinzukommen. Es ist bedauerlich, daß diese Feststellung nicht anders ausfallen kann, aber es wäre verfehlt, falsche Hoffnungen zu erwecken. Die bald eintretende Ernüchterung würde dann um so tragischer wirken. Vom deutschen Unternehmertum ist nach diesen Erfahrungen eine Milderung der Krisenauswirkungen und eine Behebung der Krise mit Vernunftmaßnahmen nicht mehr zu erwarten. Auf Einsicht ist auch nicht zu hoffen, und wenn sie noch kommen sollte, wird es, wie fast immer, schon zu spät sein.

In diesem Zusammenhang muß selbstverständlich darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei alles versucht haben, Verschlechterungen für die Arbeiterschaft abzuwehren, aber ihre Kraft allein reichte nicht aus, alle Gefahren abzuwenden. Die Vertreter der Arbeiterschaft in den anderen Parteien sind politisch noch nicht so weit, daß sie wie die des Bürgertums bei entscheidenden Fragen eine geschlossene Front darstellen. Dieser Umstand wirkt sich besonders für alle Beschäftigten, ganz gleich, ob Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker und Selbständige, so nachteilig aus.

Die Arbeiterschaft mußte ja schon manchmal derartige fühlbare Rückschläge hinnehmen, das fällt ihr wirklich nicht leicht, aber sie lernte daraus und wußte stets die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen, d. h. immer wieder neue Kämpfer zu sammeln, die Reihen der Gewerkschaften aufzufüllen und bei vordringender Gelegenheit erneut vorzutreten. Die Arbeiterbewegung bleibt eben von Rückschlägen nicht verschont. Am deutlichsten zeigte uns Fabrikarbeiterverbands-Mitgliedern unser vierzigjähriges Verbandsjubiläum diese geschichtlichen Vorgänge; denn in den Reihen und Schriften dazu konnten wir lernen, daß hingenommene Rückschläge nicht imstande sind, eine lebensnotwendige Bewegung, wie die Gewerkschaftsbewegung eine ist, in ihrer Entwicklung aufzuhalten. Das ist nicht möglich. Deshalb werden auch die entstandenen Schwierigkeiten des Jahres 1930 uns nicht hoffnungs- und mutlos machen; denn mit einer wirtschaftlichen Besserung geht auch die gewerkschaftliche Bewegung wieder vorwärts.

Diese Erkenntnis lehrt uns die Vorgänge des Jahres 1930, das nun sein Ende erreicht hat. Der Wellenlauf geht weiter, und die Gewerkschaftsbewegung wird ihre geschichtlichen Aufgaben zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft auch in der Zukunft erfüllen.

Das Schicksal des deutschen Kapitalismus.

Der Kapitalismus ist wieder einmal über die eigenen Beine gestolpert. Wir stehen in der bisher schlimmsten Krise des Systems. Die große „Lohn- und Preisensaktion“ zur „Rettung der deutschen Wirtschaft“ droht, so wie sie jetzt durchgeführt wird, das Unheil noch zu verschlimmern.

Das Institut für Konjunkturforschung veranschlagt den Rückgang des Arbeitseinkommens durch Arbeitslosigkeit und Verdienstminderung für das Jahr 1930 gegenüber dem Vorjahr auf rund 4 Milliarden RM. Das würde eine durchschnittliche Lohnsenkung von rund 10 Proz. bedeuten. In Wirklichkeit wird der Lohnabbau noch größer sein, denn das Institut selbst hat schon vor Wochen festgestellt, daß schon durch den Abbau der überzähligen Löhne in den wichtigsten Industriezweigen eine Lohnsenkung von durchschnittlich 8 Proz. durchgeführt worden sei.

Die bisher eingetretene Preisensenkung kann diese Einkommensverluste bei weitem nicht ausgleichen. Auf dem Weltmarkt sind zwar gewisse Rohstoffpreise um 10 und mehr Prozent gefallen. Im Durchschnitt ist das Preisniveau auf dem Weltmarkt um wenigstens 25 Proz. gesunken. Im Inland beträgt aber der durchschnittliche Preisrückgang gegenüber dem Höhepunkt des vorigen Jahres nur rund 6 Proz. Die Preise der Produktionsgüter sind seit ihrem Höchststand im August 1929 nur um 2 Proz. gesunken, nachdem sie noch lange nach Beginn der Krise ständig weiter gestiegen waren.

In früheren Krisen ging der Preisabbau dem Lohnabbau voran. Diesmal ist es umgekehrt. Die Kaufkraft wird weiter gekürzt, während die Preise künstlich gehalten werden. Die „Rettung der Wirtschaft“ sind auf dem besten Wege, die Wirtschaft völlig zu ruinieren.

Die Gewerkschaften zeigen seit Jahren auf die Ursache der Krisen: das Zurückhalten des Verbrauchs hinter der Erzeugung. Sie wissen, daß die notwendige Hebung des Absatzes nicht mehr allein durch eine Steigerung der Ausfuhr erzielt werden kann, denn die Welt ist verteilt, und der Wettbewerb der kapitalistischen Länder wird immer schärfer, sondern daß vorwiegend eine Hebung der inneren Kaufkraft erfolgen muß — aber das Unternehmertum hat noch die Macht, seine borniert-egoistische Politik durchzuführen und die Wirtschaft von einer Krise in die andere zu treiben.

Der Kapitalismus findet auch in seinem eigenen Lager scharfe Kritiker. Am deutlichsten hat wohl der gewiß „bürger-

liche“ Professor Bonn in einem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ gegen die Sünden des heutigen Systems gepöbel.

Unlere Unternehmer sitzen auf ihren „Selbstkosten“. Sie zählen die einzelnen Herstellungskosten ihrer Ware zusammen, wie die der Ausgaben für Rohstoffe, Löhne, Abschreibungen, Kapitalverzinsung, Steuern u. a., nehmen dazu ihren nicht zu klein bemessenen Gewinnaufschlag und haben so den Preis ihrer Ware. Können sie zu diesem Preis nicht verkaufen, dann schränken sie eben die Produktion ein, bis der Warenmangel den Verkauf ermöglicht. An eine Preisensenkung denken sie gar nicht, denn sie würden ja sonst mit „Verlust arbeiten“, und die „Wirtschaft“ würde zugrunde gehen.

Bonn sagt zu diesem Verfahren: „Der Kapitalismus kennt nur eine Methode zur Überwindung der Absatzkrise: Herabsetzung der Preise, damit vorhandene Waren auf einen Satz gebracht werden, der der bestehenden Kaufkraft der Käufer entspricht, und damit neue Waren durch Anfall ungünstiger arbeitender Produzenten zu entsprechend geringeren Einstandspreisen hergestellt werden können. Ein gut organisiertes Kartell vermindert bei einer Krise die Neuproduktion. Da alle Betriebe entsprechend gekürzt werden, so erhöhen sich die Herstellungskosten aller. Statt die Preise durch Anfall der überlebten Werke zu erniedrigen und durch Ausdehnung des Absatzes der besseren Werke deren Kosten weiter herabzusetzen, droffelt man solange, bis Produktion und Absatz sich bei hohem Preisstand ausgleichen. Das ist die Garantie des auskömmlichen Einkommens, die der Staatverfassung entspricht. Der Kapitalismus als soziales System hat aber nur dann Sinn, wenn er das Auseinanderbrechen von Konsum und Produktion immer wieder durch Verbilligung überwindet.“

Früher hat jede Krise schwere Kapitalverluste für die Unternehmer gebracht und ein niedrigeres Preisniveau geschaffen. Jetzt suchen sich die Kapitalisten vor den Verlusten zu brüden, indem sie den Preisstand halten und die Last der Krise allein der Arbeiterschaft auflesen. Bonn sagt hierzu: „Wenn zur Erzielung des Gewinns der Privatkapitalismus nötig ist, kann man die Erhaltung des Vertriebs nicht zur Gemeinschaftsaufgabe machen.“

Die „Tragung des Verlustes“ würde sich für das Unternehmertum in erster Linie in Form von Kapitalabzehrungen äußern. Eine Unternehmung mit 10 Millionen Aktienkapital wird nach einer Preislenkung wieder rentabel, wenn das Kapital auf 8 oder 6 Millionen zusammengelegt wird. Die Kapitalisten versuchen aber mit allen Mitteln, sich um diese Abzehrung herumzubriden. Wenn zeigt hier Zusammenhänge, die uns das Wesen des Faschismus erkennen lassen: „Die Substanz ist heilig. Wird sie vom Giftzahn der Konjunktur angegriffen, so muß man durch künstliche gesetzgeberische Maßnahmen für den nötigen Auftrieb der Preise sorgen. Findet sich in den parlamentarischen Körperschaften die nötige Mehrheit hierfür nicht zusammen, so ruft man nach einem Wirtschaftsdiktator, dem Mann, der mit der eisernen Faust die Rentabilität des festgeronnenen Kapitals erzwingt — wenn nötig, durch Herabsetzung des Lebensstandards.

Ein solcher Kapitalismus ist auf die Dauer nicht lebensfähig. Er ist die Nationalisierung des Stillstandes, die Standardisierung der Erfolglosigkeit. Um seinen Aufgaben zu genügen, und um sich der Angriffe erwehren zu können, muß der Kapitalismus versuchen, die Kosten durch die Preise, nicht die Preise durch die Kosten zu bestimmen. Nur wenn es immer wieder gelingt, seinen Abfall bei gegebener Kaufkraft zu erweitern, wird er die volle Ausnützung seiner Werke erreichen und durch sinkende Gestehungskosten sich von neuem ausdehnen können.

Man vergleiche die gegenwärtige Wirtschaftspolitik unserer Unternehmer mit dem, was Bonn für erforderlich hält, wenn der Kapitalismus lebensfähig bleiben soll. So kommt auch Bonn zu der Ansicht, daß kein Land der Erde von der gleichen wirtschaftlichen Tüchtigkeit der einzelnen und dem gleichen allgemeinen hohen Bildungsstand in der Wirtschaftspolitik eine derartige Herrschaft des Dilettantismus aufweise wie Deutschland. Diese Worte wurden noch vor der großen Krise geschrieben, in der sich dieser Dilettantismus bis zur verbrecherischen Dummheit auswirkte. Bonn kommt zu dem Schluß, daß das Schicksal des deutschen Kapitalismus in schwachen Händen liege.

10. Ausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am Sonntag, dem 14. Dezember, trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu seiner 10. Sitzung zusammen. An der Tagung nahmen auch die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teil.

Bevor er in die eigentliche Tagesordnung eintrat, wies Leipart auf das in der vergangenen Woche erlassene Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Er halte es für notwendig, daß der Bundesausschuss gegen dieses Verbot entschieden protestiert einlege.

Dann erstattete er Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Tagung unaußnahmlich angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen häufig mit diesem großen Komplex beschäftigt. Zunächst sollen aber einige Fragen, mit denen der Vorstand sich befaßt habe, vorweg erörtert werden.

Ein Ortsausschuss hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschaftspresse vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt. Er empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs in der gleichen Weise zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorgehen anschließen.

In Schlesien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in anderen Bezirken sollten diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Ausbringung der Mittel beteiligen.

Eine Anregung, der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Grubenunfall in Alsbach und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipart über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, das einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattzugeben werde. Der Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten ausarbeiten lassen, für die zunächst zwei Preise von je 200 RM ausgesetzt seien, und zwar geteilt in je drei Preise von 100, 60 und 40 RM.

Für das Arbeiterreferatariat in Neurode hat der Bundesvorstand 100 RM bewilligt.

Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten.

Zu seinen des Jugendsekretariats wird berichtet, daß der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände, dem wir angehören, eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erziehung des Jugendalters vorschlagen werden, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitschutzgesetz finden würden. Es sei aber vielleicht erwünschlich, diese Fragen vorweg einer Prüfung gegenüberzustellen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Zur Zusammenarbeit mit der Preislenkungsaktion ist die Herabsetzung nach Aufhebung des Nachtbrotverbots erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus rechtlichen Gründen abgelehnt, keinesfalls diese Aufhebung zu befürworten, vor allem aus dem Grunde, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspricht der von den Gewerkschaften behaupteten Politik. Der Zentralverband deutscher Gewerkschaften ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachtbrotverbots für Betriebsräte nachdrücklich zu betreiben.

Dann berichtete Leipart über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Cullenbachs der Genosse Scheuvels zum Generalsekretär des IGB gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des Vorstandes des IGB wurde zum Intersekretär der von der Bundeszentrale der Tageslohnarbeiter vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Zeitschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich durchführen.

In der Debatte, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes anschloß, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsrätekonferenzen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. Dagegen

Wir haben zwar keine Ursache, den Kapitalisten, so wie Bonn es tut, gute Ratschläge zu geben, damit das Profitsystem lebensfähig bleibe. Dieser Kapitalismus wird, ob er mag oder nicht, und ob die Kapitalisten vernünftig sind oder nicht, in den Sozialismus einmünden. Aber wir haben großes Interesse an den Dornen, in denen sich die Weiterentwicklung und der Uebergang vollzieht. Das Unternehmertum gibt sich jedenfalls alle Mühe, und von einer Katastrophe in die andere zu schleppen, eine Methode, die sich nicht nur an der Arbeiterschaft, sondern an ihnen selbst am schmerzhaftesten rächen wird.

Es besteht wenig Hoffnung, daß die gegenwärtig führenden Kreise ihren falschen Kurs erkennen und ihn ändern. Von dem Preisabbau dieser Regierung wird man sich besser nicht viel versprechen. Einflußreiche Kreise innerhalb der Regierung bemühen die „Preisabbauaktion“ offenbar nur als Verschleierungsmittel zur Erleichterung des Vorkrausens. Selbst von Brüning ist nicht viel zu erwarten. Er, der sonst von der Angleichung unseres deutschen Preisniveaus an das Weltmarktniveau spricht, erklärte bekräftigt auf der Tagung der preussischen Landgemeinden, daß es gelungen sei, die landwirtschaftlichen Preise vom „Weltmarkt abzuhängen“. Sie stehen heute 100 und mehr Prozent über dem Weltmarktpreis.

Was die Einsicht der „Wirtschaftsführer“ nicht schafft, das kann noch die Logik der wirtschaftlichen Lage erzwingen. Die „Gesetze der Wirtschaft“, die die Unternehmerpresse nur als Kneißel gegen die Arbeiterschaft kennt, haben bereits auf dem Weltmarkt einen Preiszusammenbruch erzwungen — trotz starker Kartelle und Monopole. Auch auf dem Binnenmarkt kann hier überraschend ein „Preissturz“ erfolgen.

Ein Preiszusammenbruch würde zwar zur Stilllegung zahlreicher unwirtschaftlicher Betriebe führen und die gestrichelten Abschreibungen erzwingen. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit wäre aber von rasch vorübergehender Natur — im Gegensatz zu der chronischen Arbeitslosigkeit und dem Krisenelend, das unsere Monopolkapitalisten zu verantworten haben.

Die Arbeiterschaft muß aus dieser Krise vor allem eines lernen: Die politische Reaktion raubt jedem Arbeiter einen Teil seines Lohnes und erschwert die Ueberwindung der Krise.

Bergarbeiterverband, hielt es vor allem für wichtig, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern, die Wahlperiode auf etwa 3 bis 4 Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde von Bernhardt, Baugewerksbund, betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien, wie z. B. das Baugewerbe, nicht von erheblicher Bedeutung sei. Im Baugewerbe werde ein Betriebsrat selten länger als einen Sommer im Amt bleiben. Die heute bestehende Regelung habe den großen Vorteil, daß jährlich Tausende von Arbeitern in dieses überaus wichtige Aufgabengebiet eingeführt werden können. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten, ebenso wie bisher die Kommunisten, versuchen, Betriebszellen aufzuziehen. Gegenüber der Gefahr, gewerkschaftsfremde Grundzüge in die Bewegung einzuführen, sind die Betriebsräte das wichtigste Widerstandszentrum. Die Gewerkschaften müssen sich daher besonders bemühen, die Betriebsräte gründlich zu schulen. Die Betriebsräte müßten in größerem Umfang mit Material zur Unterstützung ihrer sachlichen Arbeit versehen werden. Wenn es gelinnet, die Abwehr unserer Mitglieder und Funktionäre gegen jede Kellenbildung in der Organisation zu stärken, werden alle gewerkschaftsfeindlichen Strömungen sehr bald den letzten Rest ihrer Bedeutung verlieren. Endlich wurde auch in der Ansprache darauf hingewiesen, daß der Zweck einer Betriebsrätekonferenz vielleicht nicht erreicht werden könne, wenn die Zahl der Teilnehmer zu stark beschränkt würde.

Zu der Frage des Nachtbrotverbots wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nacht würde sich verteuern, da die Bäckereiarbeiter ebenso wie alle anderen Arbeiter Nachtarbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden.

Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vorwiegend behandelt würde, bestünde die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringerer Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärten, daß eine generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschaftszeitungen nicht in Frage komme, insbesondere Verband, Metallarbeiter-Verband und Dreh-, Fein- und Feinwerkzeug-Verband hielten sie nicht für empfehlenswert. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde, wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergäbe, sich mit falschen Behauptungen und Entstellungen der Gegner auseinandersetze usw.

Einer der Redner wandte sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen im Betrage von 400 Millionen abgelehnt habe. Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie gegen die von den Kommunisten beantragte Rothilfe stimmen müßte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag gehandelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar sein müssen, daß diese 400 Millionen gar nicht aufgebracht werden könnten. Die Staatseinnahmen gingen zurück, während die Staatsausgaben wüchsen. Wenn die Sozialdemokratie sich für diesen Antrag erklärt hätte, so hätte sie höchstens die Finanzierung Brünning gestützt.

Das Dachdecker-Verband, wandte sich gegen die Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, solange die Verhältnisse an den deutschen Universitäten so seien, wie die Vorfälle in Berlin und in Königsberg bewiesen. Man müsse an die Universitäten herantreten, um weltliche Auseinandersetzungen zu verlangen. Demgegenüber wurde von anderen Verbandsvertretern betont, daß es nur nützlich sein könne, wenn die Studierenden sich mehr mit der Arbeiterbewegung beschäftigen würden, statt über sie zu urteilen, ohne sie zu kennen.

In der Aussprache kam es wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbanners zu einer wirksamen Suborganisation der Arbeiterschaft und des republikanischen Staates einsetzen müßten.

Alle Verbandsvertreter waren der einmütigen Auffassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbots gefordert werden.

Am Schluß der Aussprache wies Leipart darauf hin, daß die Verbandsvorstände dem Bundesvorstand ihre Stellungnahme zu dem Plan einer Betriebsrätekonferenz mitteilen sollten. Der Bundesvorstand werde dann entsprechend dieser Stellungnahme seinen Plan weiter verfolgen.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung für die Aufhebung des Verbots des Remarque-Films wurde vom Bundesvorstand einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist diktiert ist, keines-

wegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Niederkaffen der Weisungen des Obrigkeitstaates die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesausschuss erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksherrschaft. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Filmes aufgehoben wird.

Eine internationale Konferenz über Staublungenkrankheit.

Gemäß einer Entschließung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes tagte in Johannesburg vom 18. bis 27. August 1930 eine internationale Konferenz über Staublungenkrankheit. Der erste Vorschlag zur Abhaltung einer derartigen Konferenz wurde dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes im Juni 1928 gemacht. Der Rat beschloß, eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen, um die medizinische Seite der Staublungenkrankheit zu prüfen. Auch war er der Meinung, daß die Abhaltung der Konferenz in Johannesburg den Sachverständigen aus anderen Ländern Gelegenheit bieten würde, die bemerkenswerten Erfolge kennenzulernen, die mit der Bekämpfung der Krankheit in Südafrika erzielt worden sind. Die Tagesordnung der Konferenz war:

- 1. Die medizinische Seite der Staublungenkrankheit.
- 2. Vorbeugende Maßnahmen.
- 3. Entschädigung.

Wegen der langen Dauer der Reise nach Südafrika und auch mit Rücksicht auf die verfügbaren Geldmittel wurde nur eine kleine Zahl von Sachverständigen zur Teilnahme an der Staublungenkonferenz in Johannesburg eingeladen. Vertreten waren Australien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Kanada, die Niederlande, die Union von Südafrika und die Vereinigten Staaten von Amerika. Aus Deutschland waren zwei Vertreter anwesend, und zwar Prof. Dr. Böhme, Direktor des Augusta-Krankenhaus Bochum, und Prof. Dr. Koeslch, Landesgewerbeamt, München. Jeder der ernannten Delegierten wurde erlucht, eine Abhandlung über das Problem der Staublungenkrankheit oder Incunomononose in seinem Lande oder über jene wissenschaftliche Seite des Problems zu verfassen, die zu behandeln er speziell berufen war. Diese Abhandlungen geben einen wertvollen Gesamtüberblick. In Verbindung mit der Konferenz fand auch eine Ausstellung von Gegenständen statt, die Sachverständige mitgebracht hatten, um ihre Arbeiten zu veranschaulichen.

Die Konferenz wurde vom südafrikanischen Minister für Post und Telegraphie, Sampson, eröffnet, der die Bedeutung der Bekämpfung der Staublungenkrankheit behandelte und auch darauf hinwies, daß die Ausgaben, welche die Krankheit der Wirtschaft Südafrikas verursacht, nahezu eine Million Pfund Sterling im Jahre betragen. Insgesamt hielt die Konferenz 14 Sitzungen ab, ausschließlich der Abendstunden, die der Prüfung des von Delegierten mitgebrachten Materials gewidmet waren. Als Berichterstatter waren bestellt:

- Vorbereitung: Dr. Forgia (Italien), Dr. Babbam (Australien), Roberts (Südafrika).
- Verzinsliche Gesichtspunkte: Dr. Middleton (Großbritannien), Dr. Gardner (Vereinigte Staaten von Amerika), Dr. Drenstein (Südafrika).

Die Vorschläge, die von der Konferenz dem Internationalen Arbeitsamt erstattet wurden, betreffen:

- a) allgemeine Grundsätze der Vorbeugung, Entschädigung und späteren Fürsorge;
- b) eine Vereinbarung über Terminologie und radiographische Technik;
- c) die dringende Notwendigkeit weiterer wissenschaftlicher Forschung;
- d) die Beschaffung weiterer Angaben über Häufigkeit und Verlauf der Krankheit und Maßnahmen zur Wiederbeschäftigung.

Der Bericht über die Verhandlungen der Konferenz wird an die Regierungen gesandt und damit deren Aufmerksamkeit auf die Vorschläge der Sachverständigen gelenkt. Es liegt an den Regierungen, zu erwägen, wie weit diese Vorschläge verwirklicht werden können.

Eine einheitliche Terminologie, ebenso wie eine einheitliche Technik der Radiographie, soll im Interesse der Bekämpfung der Krankheit bald geführt werden. Solange sie mangeln, können die Erfahrungen eines Landes in anderen Ländern nicht voll genutzt werden. Bedeutende Schwierigkeiten dürften in dieser Hinsicht nicht zu überwinden sein.

Unzweifelhaft größeren Schwierigkeiten wird die beschleunigte Durchführung weiterer wissenschaftlicher Forschungen begegnen. Die Konferenz in Johannesburg empfahl, daß Internationale Arbeitsamt solle die Forschungsarbeiten zentralisieren, die in den einzelnen Ländern geleistet werden; es sollen ihm die Ergebnisse aller einschlägigen Untersuchungen mitgeteilt werden. Die auf der Konferenz anwesend gewesenen Vertreter der Wissenschaft erklärten sich bereit, dem Amt jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Das Amt wird jedenfalls den Versuch machen, die verschiedenen von der Konferenz bezeichneten Untersuchungen von berufenen Instituten oder Personen so bald als möglich durchführen zu lassen. Ebenso sollen die Ergebnisse der Untersuchungen halbjährlich veröffentlicht werden. Die Bergbauamt von Südafrika hat sich bereit erklärt, Untersuchungen über ein Standardverfahren zur Messung der Staubkonzentration, sowie über die Größenhäufigkeit von Staubteilchen zu unternehmen.

Zur Beschaffung weiterer Auskünfte über Häufigkeit und Verlauf der Staublungenkrankheit beabsichtigt das Internationale Arbeitsamt, mit den in Frage kommenden Behörden und Organisationen in Briefwechsel zu treten, um die erforderlichen Informationen zu erlangen.

Verfügung

in der Unfallversicherungssache des Anfahrers Klägers, gegen

die Lütten- und Holzwerks-Gesellschaft, Beklagte, wird, gemäß § 13, Abs. 3 der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten v. 11. Februar 1929 (Reichsgesetzblatt I, Seite 27) in der Fassung des § 1, Nr. 1 der Verordnung über das Verfahren des Senats für Berufskrankheiten bei dem Reichsversicherungsamt vom 18. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I, Seite 353) unter Aufhebung des Beschlusses der Beklagten vom 19. Dezember 1929, die Beklagte verurteilt, den Kläger aus Anlaß seiner schweren Staublungenkrankheit zu entschädigen.

Als vorläufige Leistung hat die Beklagte 200 RM zu zahlen.

Sprachkurse.

Anfang Januar 1931 beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Wichtiges Deutsch“ (Mitschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungenügender Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 RM erhoben. Erwerbstätige zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Sprachenschule befindet sich seit dem 1. Dezember im Norden Berlins, und zwar: N 54, Rosenhaller Str. 18. Anmeldungen zu den Sprachkursen können schriftlich oder persönlich erfolgen.



Lohnverhandlungen in der Fensterglasindustrie gescheitert!

Für die Betriebe der mechanischen Tafelglasindustrie Rheinland-Westfalens wurden zur Neuregelung der Löhne am 16. Dezember Verhandlungen in Bielefeld geführt. Vom Vertreter des Arbeitgeberverbandes wurde berichtet, daß infolge des großen Preissturzes für Fensterglas eine Senkung der Selbstkosten unbedingt erforderlich ist, und auch beim Lohnanteil Einsparungen gemacht werden müssen. Die Löhne seien im Verhältnis zur Konkurrenz durch die eigenartige Entwicklung (politischer Lohn) ein wesentlicher Bestandteil der Selbstkosten geworden. Außerdem sei nicht zu betonen, daß der eingelebte Preisabbau eine Verringerung der Löhne um zehn Punkte zurückgegangen seien. Lehnen die Gewerkschaften eine Lohnherabsetzung im angemessenen Ausmaß ab, dann würde sich für die neue mechanische Tafelglasindustrie eine Stilllegung der Betriebe nicht vermeiden lassen.

Arbeitnehmerseite konnte nachgewiesen werden, daß die Löhne, vor allem für die Hilfsarbeiter in den Betrieben Rheinland-Westfalens, in verschiedenen Positionen tiefer liegen als in den übrigen Betrieben der mechanischen Tafelglasindustrie. Die ausländische Konkurrenz arbeite trotz niedriger Löhne noch wesentlich ungünstiger. Der Lohnanteil in der mechanischen Tafelglasindustrie ist durch die Rationalisierung der Betriebe nicht mehr der ausschlaggebende Faktor bei der Berechnung der Selbstkosten, und würde ein Lohnabbau kaum eine Erleichterung bringen können. Außerdem hat der Preisabbau im Arbeiterhaushalt lange nicht die Wirkungen, die von den Syndikati vermutet werden, gezeigt. An Hand von statistischem Material konnte dies bewiesen werden. Stundenlange Verhandlungen brachten nur Klarheit über den allgemeinen Teil der Lohnsituation, nicht aber über die bei derzeitig vorliegenden Forderungen auf Lohnauf- resp. Lohnabbau. Die Verhandlungen sind gescheitert, und ist zur Vermittlung des Lohnstreites eine Schlichtungsstelle anzurufen. Hoffentlich werden von der Schlichtungskammer die Anträge der Arbeitgeber zurückgewiesen, damit unseren Kollegen in der jetzigen schweren wirtschaftlichen Zeit der Status quo erhalten bleibt.

Verhandlungen in der Gruppe IV gescheitert!

Zum Lohnabstimmungsprotokoll vom 23. Oktober 1930 für die Verhandlungsgruppe IV der deutschen Weichholglasindustrie, der auf Antrag des Schlichterverbandes Deutscher Glasfabriken für verbindlich erklärt worden ist, war bekanntlich nur eine Laufzeit der neuen Lohnregelung bis zum 31. Dezember 1930 enthalten. In der Begründung zum Schlichtungsprotokoll haben die Vorsitzenden der Schlichtungsstelle die Parteien beauftragt, gemeinsam Material für die nächsten Verhandlungen beizubringen, damit über den Antrag des S.D.G., Verhandlungsgruppe IV, Angleichung der Löhne der Fachhilfsarbeiter und Hilfsarbeiter erneut beraten und entschieden werden kann.

Der Schlichterverband Deutscher Glasfabriken, Verhandlungsgruppe IV, hat den Vertrag rechtzeitig aufgekündigt und Verhandlungen für den 9. Dezember vorgezogen. Dieser Termin konnte, da die Aufstellungen der Parteien noch nicht fertig waren und persönliche Verhandlungen vorzuziehen, nicht eingehalten werden. Am 17. d. Mts. sind in Dresden die erneuten Parteiverhandlungen geführt worden. Herr Dr. Schmidt vom S.D.G. brachte in längeren Darlegungen über die Wirtschaftslage der Betriebe der Verhandlungsgruppe IV und der lohnpolitischen Entwicklung in den letzten Jahren erneut zum Ausdruck, daß unter allen Umständen die geforderte Angleichung der Löhne zu erfolgen habe, wenn überhaupt noch Glasindustrie im Freistaat erhalten werden soll. Er verlangte fernerhin, daß in den jetzigen Zeiten, wo die Arbeiter in den Betrieben die außerordentlich ernste Lage bereits erkennen, eine Notgemeinschaft zwischen den Tarifpartnern als gegeben zu betrachten sein muß, und deshalb zu erwarten sei, daß die heutigen Verhandlungen zu einem Ergebnis der Parteien führe und Schlichtungsverhandlungen sich dadurch erübrigen.

Der Vertreter der Branchenleitung, Kollege Krebs, wies in seinen Ausführungen nach, daß die Einkommensverhältnisse durch den bereits eingetretenen dreiprozentigen Lohnabzug schon

so gedrückt sind, daß über weiteren Lohnabbau wohl ernstlich nicht gesprochen werden kann, zumal sich inzwischen herausgestellt hat, daß die viel gepriesene Preisabbaugang durch die Haltung der beteiligten Interessengruppen ein Fiasko jetzt schon darstellt. Die Preisabbaugang hat nicht Erleichterung im Arbeiterhaushalt gebracht, sondern Verschärfung der Krise, da durch Zurückhaltung von Aufträgen durch Händlerkreise und Konsumenten zum Teil verstärkte Arbeitslosigkeit in den Betrieben aufgetreten ist. Der Preisabbau stelle in Wirklichkeit nur ein geringes Abgleiten der seit dem Jahre 1929 infolge Erhöhung der Röhle und der Verbrauchssteuern überhöhten Preise wirtschaftlicher Bedarfsartikel dar. Der Reallohn der Arbeiterklasse sei vom Jahre 1929 zu 1930 durch Nichtgewährung von Zulagen im Jahre 1929 oder nur geringen Zulagen deshalb schon wesentlich in der deutschen Weichholglasindustrie gesunken und ist weiter vermindert worden durch den dreiprozentigen Lohnabzug. Die Löhne, die jetzt in der Gruppe IV an andere Gruppen angeglichen werden sollen, bieten bei der schweren Arbeit kaum eine Existenzmöglichkeit, und muß die Organisation mit aller Entschiedenheit es ablehnen, weitere Lohnabbauverhandlungen zu führen. Sollte eine Notgemeinschaft zur Erhaltung der Industrie bestehen, dann darf aber dem schaffenden Teil der Arbeiterschaft nicht alle Kosten dieser Notgemeinschaft aufgebürdet werden. Selbst unter der Voraussetzung, daß bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch Stilllegungen erfolgen, können die Löhne nicht mehr abgebaut werden. Nach mehrstündiger Diskussion und Nachprüfung der neuen Vorschläge des S.D.G., Verhandlungsgruppe IV, die geradezu ungeheuerliche Lohnherabsetzungen bedeuten, mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden; die Schlichtungsverhandlungen werden bereits am Montag, dem 22. Dezember, vor der gleichen Schlichtungsstelle wie im Oktober d. J. aufgenommen. Hoffentlich kommt die Schlichtungsstelle zur Ablehnung der Anträge des S.D.G. und zu dem Ergebnis, daß das Unrecht des dreiprozentigen Lohnabzuges wieder beseitigt werden muß.

Französische Glasindustrie.

In letzter Zeit werden wiederholt Anfragen wegen Arbeitsanbahnung in Frankreich an die Branchenleitung gerichtet. Wir haben uns wegen der augenblicklichen Verhältnisse in der französischen Glasindustrie mit dem H.OLL. DELANT, dem Internationalen Sekretär, in Verbindung gesetzt. H.OLL. DELANT schreibt uns den nachstehenden Bericht, den wir Interesse halber veröffentlichen.

Ganz besonders müssen wir die Ausführungen des Kollegen DELANT unterstreichen, daß bei Arbeitsaufnahme in Frankreich unbedingt darauf zu achten ist, daß genügende Sicherstellungen in einem Vertrag gewährt werden. Ferner müssen die Forderungen in Ordnung sein, da trotz der vorhandenen großen Arbeitslosigkeit die einzelnen deutschen Länderregierungen den ausreisenden Schwierigkeiten bereiten wegen Verschleppung von deutschen Industriegeheimnissen.

Sollten in der Frage Wahrnehmungen von Beschneidung der Freizügigkeit gemacht werden, dann erbittet die Branchenleitung Bericht, damit wir gegebenenfalls auf dem Rechtsweg weitere Klärung herbeiführen können.

Augenblicklich ist die Lage in der Industrie nur in der alten Glanzfabrikation sehr schlecht. Dies ist auf die Konkurrenz der mechanischen Fabrikation zurückzuführen. In den anderen Industriezweigen: Fensterglas, Flaschen, Weichholglas ist ein Niedriggang zu verzeichnen, aber noch keine vollständige Arbeitslosigkeit. Immerhin aber muß bemerkt werden, daß die Krise, die schon begonnen hat, allem Anschein nach sich verschärfen wird.

Firmen, die in Konflikt stehen. — Es wurde uns bekannt, daß eine Firma von Südfrankreich, "Verrerie de Vauve" mit ihren Arbeitern in Konflikt steht, und daß dieselbe Firma Arbeiter im Ausland anzuwerben sucht. Es handelt sich um eine Glasfabrik für Beleuchtungsartikel: Lampengläser, Zuspulen, Reflektoren usw. Der Fabrikleiter ist ein Tscheche namens Madala.

Unsere deutschen Kollegen müssen also vor einer Arbeitsaufnahme bei dieser Firma gewarnt werden. (Verrerie de Vauve — Lotet Garonne.) Empfehlung. Was die Betriebe mit normalem Geschäftsgang anbelangt, steht der Arbeitsaufnahme durch deutsche Kollegen nichts entgegen, d. h. wenn sie Arbeitsangebote erhalten haben. Immerhin muß ihnen aber geraten werden, nicht nach Frankreich zu kommen ohne einen Vertrag, der ihre Arbeits-

bedingungen sicherstellt, in Händen zu haben. Anderenfalls würden sie sich selber große Schwierigkeiten bereiten.

Preis- und Hohlglas. In Frankreich besteht keine Preisabbaugang. Gewöhnlich haben die Hohlglasfabriken einige Pressen zur Herstellung der gewöhnlichen Haushaltsartikel.

Einige Fabriken haben sich nach Deutschland gewandt, um Pressen für Spezialfabrikation zu erhalten. Dies ist der Fall für die Glasfabrik von Chalons-sur-Saone, wo eine Gruppe deutscher und tschechischer Arbeiter beschäftigt wird. Auch arbeiter solche Kollegen in der Glasfabrik Hemain & Co. in Rive-de-Vier (Loire).

Soviet mit bekannt ist, hat keine Weichholglasfabrikation an Arbeitskräften. In den Arbeitsangeboten, die nach Deutschland gehen, könnte es sich nur um Spezialisten handeln. In diesem Falle können sich die in Frage kommenden Kollegen immer an mich wenden, und ich werde ihnen die gewünschte Auskunft zugehen lassen.

Die Spezialisten in der Weichholglasindustrie erhalten die Löhne, die in der Tabelle angeführt sind, von welcher ihr Sekretariat ein Exemplar besitzt: durchschnittlich 50 Frks. für die Meister und 30 Frks. für die ersten Gehilfen pro Tag. Für Osten Frankreichs werden durchschnittlich 20 Proz. weniger gezahlt. Die aus dem Ausland geholten Spezialisten können aber einen höheren als den Durchschnittslohn verlangen.

Zusammenfassend kann ich also berichten, daß mit Ausnahme der Glasfabrik von Vauve die mit ihrem Personal in Konflikt steht, alle anderen Glasfabriken Frankreichs Arbeiter anstellen können, die als Spezialisten in Frage kommen.

Kommt das Hohlglasyndikat in Deutschland?

Unter Führung einiger maßgeblicher Glasindustrieller der deutschen Weichholglasindustrie wird seit einem Vierteljahr der Versuch unternommen, zu einer Verkaufsvereinigung im Reichsmaßstab für die gesamte Produktion der Weichholglas-erzeugung zu gelangen. In mehreren Mitgliederübermittlungen ist bereits ein vorgelegtes Statut beraten worden, und soll die Mehrheit sich mit diesen Ausarbeitungen einverstanden erklärt haben. Neben einem Industrieller der Beleuchtungsindustrie machen noch einige Fabrikanten kleinerer Betriebe Bedenken geltend, da sie befürchten, in ihrer Existenz bedroht zu sein. Das Statut der Verkaufsvereinigung der deutschen Weichholglasindustrie soll jedoch so abgefaßt sein, daß auch den Fabrikanten kleinerer Betriebe selbst bei Stilllegung und Auscheiden aus dem Produktionsprozess ein gewisses Einkommen gesichert ist. Von der Verkaufsvereinigung soll Wirtschaft, Beleuchtungs- und Preisabbaugang herbeiführt werden. Später soll die Glasindustriellen, Kristallglas- und Maschinenfabrikation dem Syndikat mitunterstellt werden.

Die Arbeiter werden gegen Errichtung einer Verkaufsvereinigung nichts einzuwenden haben; im Gegenteil, die jetzt vorhandenen oftmals unlauteeren Wettbewerbsbestrebungen haben sich wiederholt zum Schaden der Arbeiter in den einzelnen Betrieben ausgewirkt. Eine monopolistische Stellung dürfte die Verkaufsvereinigung für Hohlglasindustrie im Augenblick kaum werden, da in den eigenen Reihen der Industrie und mit dem Großhandel noch alldem Streit über Preisbildung und Quotenverteilung vorhanden ist. Trotzdem werden die Arbeiter mit ihren Organisationen alle Vorgänge bei der Bildung der Verkaufsvereinigung für die deutsche Weichholglasindustrie zu beobachten haben, damit zu gegebener Zeit auch der Einfluß der Arbeiterschaft bei Behörden, wenn notwendig, geltend gemacht werden kann.

Schweiz.

Unter der Firma "Curelin AG." wurde mit dem Sitz in Chur und einem Aktienkapital von 1 Million Schweizer Franken eine neue deutsch-schweizerische Beteiligungsgesellschaft gegründet. Die neue Gesellschaft übernimmt folgende Geschäftsanteile der Vereinigte Bopeluische & Wepelische Glashütten G. m. b. H. in Sulzbach, Saar: von der Firma Eduard Bopeluis Anteil über 1,126 Millionen Schweizer Franken gegen 817 Aktien zu 500 Schweizer Franken, vom Hüttenbesitzer C. Wepeluis, Sulzbach, Saar, Anteile über 377.600 Schweizer Franken gegen 245 Aktien zu 500 Schweizer Franken, von Alexander Nöckling, Berlin, Anteile über 168.800 Schweizer Franken gegen 122 Aktien zu 500 Schweizer Franken, von Frau Looje, geb. Nöckling, Köln, Anteile über 168.800 Schweizer Franken gegen 122 Aktien zu 500 Schweizer Franken, von der Firma Chevardier & Wepeluis, Sulzbach, Saar, Anteile über 120.000 Schweizer Franken gegen 97 Aktien zu 500 Schweizer Franken.



Noch einiges zu den Urlaubsbestimmungen.

In folgenden machen wir auf einige Schiedssprüche des Oberschiedsamtes für die feinkeramische Industrie aufmerksam, die sich mit den Begriffen "Beschäftigungsdauer" und "frühere Beschäftigungsdauer" befassen. Die Entscheidungen sind noch zutreffend, da der Text des Vertrages bezüglich dieser Bestimmungen, nicht geändert worden ist.

I.

Antrag: Die Vertragsparteien beantragen "Auslegung des Begriffes 'Beschäftigungsdauer' im Sinne des § 35, Abs. 1, Satz 3 ff. des RTB. vom 1. April 1927".

Das Oberschiedsamte äußert sich zu dem Antrag wie folgt:

Der Begriff "Beschäftigungsdauer" im Sinne der Bestimmungen des § 35, Abs. 1, Satz 3 ff. läßt eine andere Auslegung nicht zu, als daß damit die Beschäftigungsdauer des Arbeiters, gerechnet vom Tage seines Eintritts in den Betrieb, zu verstehen ist.

Es wird zugegeben, daß die vorausgehende Bestimmung des § 35 bezüglich des Wortes "Kalenderjahr" mit dem Begriff "Beschäftigungsdauer" nicht in Parallele steht. Etwa auftretenden Meinungsverschiedenheiten in den Betrieben zu begegnen, ist das Oberschiedsamte der Auffassung, daß in diesen Fällen wie folgt zu verfahren ist:

Für die Berechnung der Beschäftigungsdauer im Sinne des § 35, Abs. 1, Satz 3 des RTB. ist bei den Arbeitern, die nach diesen Bestimmungen urlaubsberechtigt sind, der Tag des Eintritts in den Betrieb und der 1. Juli des Jahres, in dem der Urlaub genommen wird, zugrunde zu legen.

Dieser Schiedsspruch des Oberschiedsamtes beschäftigt sich mit dem § 34 des jetzt geltenden Vertrages. Es handelt sich hier um die Auslegung des Satzes: "Nach 10jähriger Beschäftigungsdauer im Werk wird ein Urlaub von 10 Tagen gewährt usw." Wer also am 1. Juli des Urlaubsjahres 10 Jahre im Werk, oder Werken des gleichen Konzerns tätig war, hat ganz gleich in welchem Monat der Urlaub genommen wird, Anspruch auf den höheren Urlaub. Wer erst nach dem

1. Juli 10 Jahre, 15 oder 25 Jahre erfüllt hat, bei dem verbleibt es für das laufende Jahr bei dem niederen Urlaub. Beispiel: A. ist am 15. Juni 10 Jahre im Werk. Der Urlaub wird Pfingsten genommen, er bekommt 10 Tage Urlaub. B. ist am 1. August 10 Jahre im Werk. Er bekommt nur den verbleibenden Urlaub in Höhe von 8 Tagen. Nimmt A. seinen Urlaub nach dem 1. August, nachdem er 10 Jahre im Werk war, so hat er gleichfalls 10 Tage zu erhalten.

II.

Entscheidung der Paritätischen Kommission.

Grundsätzliche Auslegung zu § 35, Abs. 2, Satz 2 des RTB. (1. April 1927.)

Der Begriff "frühere Beschäftigungsdauer im gleichen Betrieb" ist so auszulegen, daß nur eine durchgehende Beschäftigungsdauer von mindestens 1/4 Jahr im gleichen Betrieb auf die Gesamtbeschäftigung zur Berechnung finden kann. Eine längere Beschäftigungsdauer als eine halbjährige findet grundsätzlich keine Anrechnung. Die Anrechnung selbst findet in der Form statt, wie sie sich aus folgendem Beispiel ergibt:

Arbeiter A. ist ab 1925 zehn Monate hintereinander bei der Firma X. tätig gewesen. Er tritt am 1. Oktober 1926 von neuem bei der Firma X. ein und erwirbt nach dem Tarifvertrag dadurch am 1. April 1927 einen Urlaubsanspruch von drei Tagen. Dadurch, daß die frühere zehnmonatige Beschäftigungsdauer bei der Firma X. anzurechnen ist, wird es so angesehen, als ob der Arbeiter A. nicht erst am 1. Oktober 1926, sondern zehn Monate früher, also am 1. Dezember 1925 bei der Firma X. eingetreten ist. Infolgedessen erhöht sich sein Urlaubsanspruch für 1927 auf vier Tage, da das Jahr 1927 infolge dieser Anrechnung sein zweites urlaubsanspruchsführendes Kalenderjahr der Beschäftigung bei der Firma X. ist.

Falls in einem einzelnen Fall mehrere frühere Beschäftigungsperioden bei derselben Firma vorliegen, die je einzeln betrachtet kürzer als 1/4 Jahr und mithin nach vorstehenden Absätzen nicht anrechnungsfähig sind, ist nach den Umständen des einzelnen Falles nach billigen Ermessen zu entscheiden.

Die vorstehende Auslegung gilt auch bei der Auslegung des letzten Satzes des § 35, Abs. 2 des RTB.

Auch hier handelt es sich um Auslegung des § 34 des jetzt in Kraft befindlichen Tarifvertrages. Zu dem angeführten Beispiel ist weiteres nicht zu sagen, aus ihm ist deutlich erkennbar das anzuwendende Verfahren ersichtlich.

In diesen Zeiten des verstärkten Druckes auf die Stückpreise durch die Unternehmer, machen wir die Kollegen besonders aufmerksam auf die Entscheidungen des Oberschiedsamtes auf diesem Gebiet.

- Spruch 205, Seite 134 der Spruchpraxis.
- Spruch 73, Seite 40 der Spruchpraxis.
- Spruch 137, Seite 73 der Spruchpraxis.
- Spruch 40, Seite 20 der Spruchpraxis.
- Spruch 68, Seite 38 der Spruchpraxis.

In der Begründung zum Spruch 205 lehnt das Oberschiedsamte die Stückpreissetzung ab und erweitert die Angelegenheit in den Betrieb. Ausdrücklich hebt es aber hervor, daß die Neufestsetzung nur unter Beobachtung der tariflichen Bestimmungen über die Mitwirkung der Preiskommissionen und Arbeiterräte zu erfolgen hat.

Am Spruch 73 wird der Grundsatz des einheitlichen Stückpreises für sonstige Arbeiter und Sacharbeiter in Sacharbeiterabteilungen unterstrichen.

Das gleiche Gebiet behandeln die Sprüche 40 und 137.

Spruch 68 erhärtet die Bestimmungen über die Stückpreissetzung durch die Betriebsleitung zusammen mit den Preiskommissionen und Arbeiterräten.

An diesen Bestimmungen hat sich auch durch den neuen Wortlaut des Vertrages nichts geändert. Nur muß jetzt die Vertretung der Preiskommissionen durch die gewählten Arbeitervertreter erfolgen, die selbstverständlich die Genehmigung im Einvernehmen mit der in Frage kommenden Abteilung vorzunehmen hat.

Die Beachtung der diesbezüglichen Bestimmungen des Tarifvertrages ist die Voraussetzung dafür, daß im Streitfall die Schiedsinstanzen angerufen werden können.

Frankfurt a. d. Oder.

Und es geschah, daß ein Gebot ausging, aber nicht vom Kaiser Augustus, sondern von der Betriebsleitung der Stahlhelm-Firma Th. Paetlich, Frankfurt a. d. O., daß einen Lohnabzug von 10 Proz. von allen Sparten fordert, mit der Begründung: Konjunkturmäßig zu bleiben. Ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen. Also auf Kosten der Arbeitnehmer adent die Firma Paetlich der gegenwärtigen Weltkrise einen Damm entgegenzusetzen zu können, in der Hoffnung, von der Krise verschont zu bleiben.

Ford („Mein Leben und Werk“) schreibt an die Unternehmer:

„Es zeugt von schlechter Geschäftsführung, Gewinn aus den Arbeitern herauszuschlagen. Hütet euch, das Produkt zu verschlechtern; hütet euch, die Löhne zu verbilligen und das Publikum zu überheuern. Stedt Gehirn in eure Geschäftsmethode, Gehirn und noch mehr Gehirn — macht die Sache besser als bisher; nur auf diese Weise wird sämtlichen Parteien gedient und geholfen werden. Es ist etwas Heiliges um den Lohn — er steht für Häuslichkeit, Familie und inneren Wohlstand. Man sollte daher sehr behutsam zu Werken gehen, wenn man an der Lohnfrage rüttelt.“ Wie aber wird es bei der Firma Th. Paetlich gemacht, wo genügende Stahlhelm-Fabrikate auf Kosten der Arbeiter ihr elendes Schmarotcherhandwerk, mit Willen der Stahlhelm-Betriebsleitung keine produktive Arbeit leisten, den Betrieb ungewöhnlich stark belasten, treiben können?

Greifen wir ungefähr 5 Jahre zurück. Die jungen Herren wollen sich nun auch betätigen. Eine Stellung als Betriebsleiter ist nicht zu verachten, funktional im Vaters Betrieb. Mit Kommandieren und Schikanieren der Arbeiter will man Betriebsstabilität beweisen. Verweise und Strafen nehmen überhand. Aber auch der Scherbenhaufen wird größer. Was macht's auch aus, wenn im Jahr Tausende von Mark in „Scherbellen“ angelegt werden, Vater bezahlt's ja. Bald sucht man ein neues Betätigungsfeld, Kampagnen gegen den Lohn- und Mantelarbeit für die feineramische Industrie, gegen Organisation und Betriebsrätegefeß. Auseinandersetzungen zwischen Betriebsräten und Betriebsleitung nehmen schärfere Formen an, die Klagen vor dem Arbeitsgericht häufen sich. Endlich rückt man vom Angestellten in Vaters Betrieb zum Mitinhaber, zum Chef empor. Die Güntlingswirtschaft ist in voller Blüte. Gehört du, Arbeiter, einer rechtsradikalen Partei an, dann bist du tüchtig, für den Betrieb unerlässlich, auch wenn du erst ein halbes Jahr im Betriebe weilst. Tüchtigkeit muß belohnt werden, und schon steht du auf der ersten Sprösse zum Betriebsleiter, auf der des Vorarbeiters. Im anderen Falle: Und wenn du, Arbeiter, 20 Jahre und noch länger im Betriebe deine Arbeitskraft gelassen hast, ausgerechnet — ruht hast du dich in dieser Zeit auf Betriebskosten zum Schaden der Firma, also Entlassung, Entlohnung!

Alle diese rigorosen Maßnahmen bringen nicht den erhofften Erfolg. Das Betriebsmanagement lugt über die Lohnerhöhungen. Jetzt versucht man es mit einem Abbittemittel. Eine neue Kraft taucht auf, Angetan mit weihem Mittel und Schlapphut, schleicht er durch die Betriebsräume. Ein Betriebsingenieur ist's. Und da nun solche Herren wohl in der feineramischen Industrie nicht zu haben sind, holt man sich einen aus der Schwerindustrie. Eigen oder Steingut, ist das nicht ein und dasselbe Material? Gucke nicht, lieber Vater.

Die Stoppuhr bekommt Arbeit. Das Wort Tempo, Tempo, schwirrt bald durch alle Arbeitsräume. Da nun ein solcher Herr nicht mit einem Stundenlohn von 75 Pf. zureichen ist, müssen diese erhöhten Betriebskosten durch die Arbeitskraft der gesamten Belegschaft aufgebracht werden. Vergebliche Mühe. Immer näher rückt das Kriegsgelpenst. Schuld daran sind nach Ansicht des neuen Betriebsleiters die Faulheit der Arbeiter und die hohen Löhne. Generalantritt auf den Tarifvertrag erfolgt, der Kopf der Betriebsleitung versperrt noch die Bahn. Durch eine inženierierte Teilstilllegung glaubt man, endlich am Ziel zu sein. Doch mit des Geschickes Mächten —

in zwei Instanzen fällt das Urteil zugunsten der Firma Th. Paetlich aus. Wir wünschen die der Firma entstandenen Gesamtkosten in diesem Prozeß an 500 RM.

Ein neuer Weg wird beschritten, diesmal klappete es besser, mit Zustimmung des Arbeitsgerichts hat man endlich die Entlassung der Betriebsratsmitglieder erreicht. Aber Aufträge sind für die Firma nicht hereingekommen. Nun soll der Lohnabzug helfen! Wir bezweifeln es. Nach unserer Ansicht hilft nur eine Radikalkur durch Entfernung der unproduktiven Arbeitskräfte, zunächst der des Eisenmenschen!

In übrigen geben wir den Herren Chefs der Firma Th. Paetlich, Frankfurt a. d. O., den frommen Weihnachtswunsch als Richtschnur für die Betriebsstätigkeit im Jahre 1931 mit auf den Weg. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Ein Feit der Liebe bereitet die kapitalistische Gesellschaftsordnung wieder einmal der Arbeiterklasse vor. Freudentränen

sollen fließen, alles andere nur diese nicht. Die Frage der Arbeitslosigkeit grünt in alle Gärten. Das Meer der Arbeitslosen wird immer gewaltiger. Die Zahl der Hilfsleistungen Anträge werden immer größer. Nicht mal für 8 Stunden haben sie für uns Beschäftigung. Es ist die höchste Zeit, daß dieses System der Ungerechtigkeit verschwindet. Die drohende Wirtschaftskatastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Kollegen, in unserer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden.

Wir müssen unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Der Sozialismus verlangt Arbeit, er kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit, man sage uns nicht, daß wir zu schwach seien das große Ziel zu erreichen. Wir, die Armen und Elenden, haben eine Macht, die alles besitzenden kann, was dem Glücke der Menschheit hinderlich ist. Wenn wir wollen, so können wir Freiheit und Gerechtigkeit einführen.

Kolleginnen und Kollegen, haltet fest zur Fahne des Sozialismus, stärkt die Reihen des Verbandes, nur so werden wir unsern Feind „Kapitalismus“ niederringen.

Rohtoffe der Tonwarenfabrikation.

(Schluß.)

Die Gewinnung des Tones, sein Abbau, geschieht entweder im Tagebau oder im bergmännischen Betrieb. Im Tagebau hat man den Terrassen- oder den Kuhlensbau. Bei letzterem werden quadratische Räume ausgeschachtet, der Ton ausgehoben und dann die Kühlen wieder mit dem Abraum der daneben angebrachten Kühle ausgefüllt. Beim unterirdischen Bau untersteht man den Reihenschichtbetrieb mit senkrechten Schächten durch den Abraum bis auf das Tonlager hinab, wobei sich die Schächte unter trichterförmig erweitern. Besser ist der Kammernbau, der eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Lager gestattet und eine Auszimmern verlangt, was bei dem raubbauartigen Reihenschichtbetrieb nicht der Fall ist. Nach erfolgter Ausbeutung wird die Zimmern herausgezogen und man läßt die darüber stehende Masse einstürzen. In wirklich bergmännischem Betrieb hat man den Stollenbau, wobei mit der Kohle der Ton der Steinkohlenformation gewonnen wird. Im offenen Tagebau verwendet man heute den Wagger in ausgiebigstem Maße, der das Tonlager schräg in einer einzigen Terrasse gleichsam abschält. Natürlich muß das Lager eine gewisse gleichmäßige Beschaffenheit zeigen, um eine derartige Abbaumweise zu rechtfertigen.

Die Tone weichen also, wie schon angeführt, in ihrer chemischen Zusammenlegung erheblich voneinander ab, und eine eigentliche reine Tonsubstanz, entsprechend der chemischen Formel $Al_2O_3 \cdot 2SiO_2 \cdot 2H_2O$, hat man in der Praxis nicht. Verunreinigungen kommen auch in den reinsten Produkten vor. Zuweilen sind diese Verunreinigungsprodukte so fein verteilt, daß sie sich auch durch Schlämmen nicht entfernen lassen. Die in den Tonen enthaltenen Fremdkörper geben ihre Schwermetallbarkeit herab und ändern die Farbe von weiß her beträchtlich ins farbige hinüber. Nach diesen Eigentümlichkeiten richtet sich die Verwendung. Porzellan und Steingut erfordern einen Ton, der sich weiß brennt. Feuerfeste Steine benötigen Schwermetallbarkeit, die Steingutfabrikation bedingt leichte Sinterung, bei der Ziegelerzeugung ist die Wetterfestigkeit des Brenngutes wichtig.

Die Untersuchung der Tone erstreckt sich keineswegs nur auf die chemische Analyse, sondern auch auf die Feststellung der im Ton enthaltenen Mengen an Quarz und Feldspat, ferner auf das Vorhandensein etwa auswitternder Salze, dann auf die Ermittlung von Korngröße, auf diejenige der Beschaffenheit der beigemengten Mineraltrümmer, auf die Größe der Schwinbung, der Wasserabgabe, der Feuerfestigkeit usw. Bei dieser Vielseitigkeit der Untersuchungsverfahren, die fast alle gleich wichtig bei der Abgabe eines umfassenden Urteils über Brauchbarkeit sind, würde es keiner Wert haben, hier auf Einzelheiten einzugehen.

Neben dem eigentlichen Rohstoff selbst, dem Ton, werden in der Keramik, wie bereits gesagt, zu den bewussten Zwecken die Zusatzstoffe verwendet. Einmal und in der Hauptsache die anorganischen Flus- und Magerungsmittel. Da ist zunächst die Kieselsäure in Form von Quarzit, Quarzsand, Feuerstein und auch Zinjurienerde. In besonderen Fällen, so bei der Erzeugung der in Martins- und Glasöfen gebräuchlichen Dinassteine von hoher Feuerfestigkeit, können nur Quarzite gebraucht werden, die vorher genau auf ihre Volumenerweiterung, welche in der Hitze ein gewisses Maß nicht überschreiten darf, geprüft werden. Auch darf ihre mechanische Festigkeit in hohen Temperaturen nicht leiden. Kieselsinter und Zinjurienerde wirken auf Tone leichter verflüssigend ein als kristallinische Kieselsäure, welche letztere allein für feuerfeste Produkte verwertbar ist. Ein weiterer Zusatzstoff ist die Schamotte, hergestellt unter dem Rollergang aus gebranntem Ton oder tonigen Massen, die so hoch vorgebrannt sind, daß ein weiteres Brennen keinen Schwind mehr verursachen kann. Sowohl in der Feinkeramik als auch in der Blattenfabrikation, in der Ofentachel- und Ziegelindustrie wird an Stelle von Sand gern gebranntes Tonmehl verarbeitet. Der Feldspat weiterhin dient wegen seines Alkaligehaltes gern als Flusmittel, bei der Porzellanfabrikation befördert er die Durchsichtbarkeit des Porzellans, ferner in der Steingutmasse die Härte. Auch tohnsaurer Kalk in all seinen verschiedenen Vorkommensmöglichkeiten findet bei der Herstellung der Massen sowohl wie der Glasuren Anwendung. Manchmal erhält auch die Porzellanmasse ein wenig davon, sofern der tohnsaurer Kalk sich weiß brennt, um sie leichter schmelzbar zu machen. Aus demselben Grunde erhalten auch Fayence- und Steingutmassen einen Zusatz. Der Apatit, also phosphorsaurer Kalk, auch weißgebranntes Knochenasche, findet Anwendung zur Herstellung von Trittenporzellan und zu der von Glasuren. Die Feuerfestigkeit der Schamotteziegel erhöht man zweckmäßig durch einen Zusatz von Korund oder gebranntem Zonerbe, früher nahm man Bauxit zu demselben Zweck. Von organischen Zusatzstoffen teils zur Erhöhung der Luftdurchlässigkeit, teils um den Schmelzprozeß langsamer zu gestalten, benutzt man Sägespäne, Holzstöße, Leer und dann in der Metallurgie Mischungen von Graphit mit Ton, wobei der Graphit die Möglichkeit eines raschen Temperaturwechsels gestattet und eine Oxydation der schmelzenden Metalle verhindert.

Die Verarbeitung der Rohstoffe ist eine recht ausgebeutete und setzt allerlei Vorarbeiten voraus: einmal die nasse oder trockene und halb-trockene Aufbereitung, der häufig noch ein Auswintern oder Ausformern vorangeht, dann die Ruberierung der Massen, ihre Formgebung und anschließend die Trocknung und das Brennen, worauf vielfach noch die Glasierung erfolgt. Da diese Vorgänge in ihrer Gesamtheit den Rahmen dieses Aufsatzes bei weitem überschreiten würden, mögen sie demnach getrennt behandelt werden. Dr. Herzberg.



Tarifkündigungen in Thüringen.

Auch die Unternehmer der Baustoffindustrie wollen das ihrige dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft zu heben und kündigen zu diesem Zwecke die bestehenden Lohnverträge. Mit Wirkung ab 1. Januar 1931 sind deshalb die Löhne für fast alle Ziegeleien in Thüringen und angrenzenden preussischem Wirtschaftsgebiet offen. Was den Ziegler von den Unternehmern an Lohnabzug zugehört ist acht daraus hervor, daß z. B. der Mühlhäuser Arbeitgeberverband einen Lohnabzug von 15 Pf. pro Stunde oder von 21 Prozent fordert! Sogar Stundenlöhne von 65 Pf. sind gefordert worden mit der Forderung nach Abbau selbst dieser außerordentlich niedrigen Löhne. Um die ganze Verwahrheit der Unternehmer zu bezeugen, muß man sich vergegenwärtigen, einmal die außerordentliche Schwere der Ziegeleiarbeit, den Schmutz und Dreck, der auf den Ziegeleien herrscht und die Arbeit, unartig vielfach, erzwungen, und zum anderen die Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Ziegler in den Jahren 1929 und 1930 noch nicht einmal 26 Wochen Arbeit im Jahre hatte! Bei der Engtirnigkeit der Unternehmer müssen sich die Ziegeleiarbeiter auf harte Auseinandersetzungen gefaßt machen.

Lohnvertragskündigung auch in der Thüringer Zementindustrie. Der Arbeitgeberverband kündigte zum 31. Dezember 1930 die bestehenden Lohnverträge. Die Kündigung des Manteltarifes ist in Aussicht gestellt.

Ferner sind die für die Gipsindustrie des Südhanges geltenden Lohnverträge von den Unternehmern gekündigt worden. Auch diese hatten bisher einen Stundenlohn von 65 Pf. für abbaufähig.

Die Lebenshaltung von etwa 300 Arbeitern und Familien in der Nähe der Ziegelei der Unternehmung des Bauindustriellen auf's ärmliche bedrückt. Ziegler, Zement- und Gipsarbeiter klärt die in Arbeit stehenden auf, organisiert die Berufscollegen reichlich im Verband der Ziegeleiarbeiter Thüringens, Abt. Keramikher Stund.

Nur durch festen Zusammenhalt in vorstehender Organisation kommt ihr die Anschlag der Unternehmer nachschärflich machen.

Lohnabbau in der Zementindustrie.

Wie bereits in der letzten Nummer des „Keramischen Anzeigers“ berichtet, glaubt auch die Zementindustrie sich der Lohnabbauversuche anstellen zu müssen.

Für die Zementwerke im schleswig-holsteinischen Gebiet wurde bereits Anfang November ein Schiedsgericht gefaßt, bei dem tarifliche Stundenlöhne um durchschnittlich 6 Proz. herabgesetzt. Die Arbeiterseite lehnte diesen Schiedspruch einstimmig ab. Von Unternehmensseite wurde daraufhin die Verbindlichkeit des Spruches beantragt.

In den hinfingenden Verhandlungen wiesen die Arbeitnehmerseite zu aller Schärfe darauf hin, daß ein Lohnabbau durch die wirtschaftliche Lage der Zementbetriebe nicht

begründet sei, eine Verbindlichkeitsklärung des Spruches daher nicht erfolgen dürfe. Bis jetzt ist eine Entscheidung des Schlichters noch nicht erfolgt. Die Arbeiterschaft gibt auch erneut der Erwartung Ausdruck, daß dieser Spruch nicht Vertrag werden darf.

Im westfälischen Zementgebiet fanden am 5. Dezember die Verhandlungen über den Antrag der Unternehmer, die Löhne um durchschnittlich 10 bis 13 Proz. abzubauen und Schaffung einer niedrigeren Ortsklasse statt. Auch in diesen Verhandlungen lehnten die Arbeitgeberverbände es ab, ihre Lohnabbauwünsche mit der wirtschaftlichen Lage der Betriebe zu begründen. Der tarifliche Schlichtungsausschuß fiel am 12. Dezember d. J. einen Spruch, der die Löhne um 4 bis 5 Pf. für die volljährigen Beschäftigten herabsetzt. Die Arbeiterschaft wird zu diesem Spruch Stellung nehmen.

Wichtig für Staublungenerkrankte in den Chamottewerken.

In der Verordnung über die Ausdehnung der Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 sind bei den Staublungenerkrankungen unter Ziffer 16a Betriebe der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung angegeben.

Die Sprachbehörden als auch die Berufsgenossenschaften und Arbeitgeberverbände nehmen in dieser Frage eine sehr engherzige Haltung ein und berufen sich bei Fällen, die nicht speziell auf Sandstein zurückzuführen sind, auf den Wortlaut (nicht auf den Sinn) der Verordnung, der keine anderen Steinarten

umfaßt wörtlich:

Ziffer 16: Schwere Staublungenerkrankungen (Silikose).
Ziffer 16a: Schwere Staublungenerkrankung mit Lungen-
tuberkulose als Staublungenerkrankung in
Betrieben der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und
-verarbeitung.

b) Metallblechereien,
c) Porzellanbetrieben,
d) Betriebe des Bergbaues.

Hier hat der Gesetzgeber eine große Lücke gelassen und hat vergessen, auch die keramische Industrie mit unter diese Betriebe zu nehmen. Viele Betriebe haben ja meistens die Bezeichnung Chamottefabrik.

Unter Chamotte versteht man eine Erdart, die dem Lehm oder Ton gleichkommt und meist roh bearbeitet wird, was ja keine Staubentwicklung bringt. Nur sind aber die Anforderungen der keramischen Fabriken sowie Eisenhütten in bezug auf feuerfestes Material auf viel höhere Festigkeiten gestellt, als sie die Chamotte bietet. Dies ist Silica, ein Produkt, das aus Quarzit und Kiesel zusammengestellt ist. Diese zwei Gesteinsarten sind dem Sandstein gleichwertig auf Kieselreinhalt. Auch entziehen bei der Trockenverarbeitung riesige Staubmengen, die den dort beschäftigten Arbeitern zur Qual werden und zahlreiche Lungenerkrankungen hervorrufen. Auf diesen Standpunkt hat sich erstenslicherweise auch der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes gestellt und ein Urteil in einer Staublungenerkrankung gefaßt, welches einwandfrei keramische Betriebe oder -arten mit unter obengedachte Verordnung, Ziffer 16, stellt.

Die am 15. d. M. für das mitteldeutsche Remenengebiet stattgefundenen Verhandlungen werden am 19. fortgesetzt, da es nicht möglich war, über die Forderungen der Arbeitgeber, einen Abbau der Löhne um 11 bis 17½ Proz. vorzunehmen, eine Einigung in dieser Verhandlung zu erzielen.

Man sieht, die Wünsche der Zementindustriellen sind nicht gering. Eine unheilvolle Rolle spielt bei den Verhandlungen das Programm der Reichsregierung. Ihre Hauptbearbeitung legen die Unternehmer auf den Wunsch der Regierung, die Produktionskosten und Preise abzubauen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Regierung mit derselben Energie, wie der Lohnabbau forciert wird, für den Preisabbau eintritt. Aber bislang hat man noch nichts vernommen von einem Zwang gegen Monopol- und Kartellpreise, während die Löhne alle Tage im Zwangsschlichtungsverfahren abgebaut werden.

Wir lassen einen Auszug aus dem Urteil folgen:

Urteilsgründe.

Der Senat konnte dem angefochtenen Bescheid nicht beitreten. Der Kläger ist vom 1892 bis zu seiner Erkrankung im Jahre 1929 in der Steinfabrik der Vereinigten Stahlwerke A. G. tätig gewesen. Nachdem er bis 1929 als Pfannenreiniger beschäftigt worden ist, hat er vom August 1926 bis Juni 1929 als Quarzeinführer in der Quarzitmühle gearbeitet, wobei er in einem geschlossenen Raum die Quarzsteine vom Steinbrecher zum Rollergang fahren mußte. Da nach den Feststellungen des Reichsversicherungsamtes Quarzit ein Sedimentgestein wie der Sandstein ist und auch sonst dem Sandstein geologisch nahesteht, trägt das Reichsversicherungsamt keine Bedenken, den Betrieb, in dem der Kläger vom August 1926 bis Juni 1929 gearbeitet hat, als Betrieb der Sandsteinbearbeitung im Sinne von Nr. 16a der Anlage zur zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 (Reichsgesetzblatt I Seite 27) anzusehen. Da ferner Quarzit im hohen Maße Kieselsäure enthält und das Vorbringen des Klägers, er habe während seiner Tätigkeit viel Steinstaub einatmen müssen, glaubhaft erscheint, ist das Reichsversicherungsamt der Auffassung geneigt, daß die Staublungenerkrankung durch diese Tätigkeit wesentlich verursacht worden ist. Nachdem durch die auf Grund röntgenologischer Untersuchung erlangten Gutachten des Dr. med. Hermann vom 15. Juni 1929 und des Dr. med. Weber vom 16. September 1929 festgestellt worden ist, daß die Staublungenerkrankung des Klägers eine schwere ist, war die Entschädigungspflicht der Beklagten auszusprechen.

Die Anordnung der vorläufigen Leistung ergibt sich aus §§ 1668 Abs. 2, 1701 der Reichsversicherungsordnung. Außergerichtliche Kosten des Verfahrens hat keine Partei der anderen zu erstatten.

Diese Entscheidung ist gültig.

Berlin, den 16. September 1930.

Der Senat für Berufskrankheiten bei dem Reichsversicherungsamt.
Der Vorsitzende, gez. (Unterschrift).

Verbandsnachrichten

An unsere Mitglieder.

Am 31. Dezember 1930 werden die jetzt im Umlauf befindlichen Beitragsmarken außer Kurs gesetzt. Die neuen Beitragsmarken sind im Verhältnis die gleichen wie früher, aber in anderer Farbe. Erstmalig am 3. Januar 1931 müssen alle Hilfskassierer die neuen Marken führen. Der erste Wochenbeitrag im neuen Jahr muß bereits mit der neuen Marke quittiert werden. Alte Marken verlieren die Gültigkeit und sind daher zurückzugeben. Alte Marken im neuen Jahr zu verwenden, ist unzulässig. Vorhandene Beitragsreste sollen nach dem 1. Januar nur in neuen Marken beglichen werden. Die Bestände an alten Marken müssen an die Hauptkasse abgeliefert werden. Wir ersuchen, diese Anweisung aufs genaueste zu beachten. Die Hauptkasse: C. Döhlert.

Die Zahlstelle Darmstadt sucht einen fleißigen und tüchtigen Agitationsleiter.

Derfelbe muß mindestens 5 Jahre Mitglied unserer Organisation und rechnerisch befähigt sein. Ausreichende Kenntnisse in der Agitationsarbeit sind die erste Voraussetzung. Kenntnisse im Tarif- und Arbeitsrecht sind weitere Bedingungen. Bewerber haben einen kurzen Lebenslauf und eine Abhandlung über ihre Tätigkeit als Funktionär innerhalb unserer Organisation einzuliefern. Außerdem ist der Bewerber ein eingehender Schriftstatter darüber, wie die Agitationsarbeit am erfolgreichsten zu betreiben ist, beizufügen. Ebenso eine entsprechende Abhandlung über die wichtigsten Belange aus dem Tarif- und Arbeitsrecht. Die Bewerbungsschreiben sind bis längstens 11. Januar 1931 an Fr. Stahl, Darmstadt, Bismarckstr. 19, einzuliefern.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Ziff. 3a des Verbandsstatuts das ehemalige Mitglied der Zahlstelle Delmenhorst: Josef Dornhöl, Buch-Nr. 714 591; ferner wurden gemäß § 14, Ziff. 3a in Verbindung mit § 14, Ziff. 5 des Statuts die ehemaligen Mitglieder der Zahlstelle Berlin: Verthold Franke Buch-Nr. 1 04 539; Guntab Schuchow, Buch-Nr. 5 11 722 376; der Zahlstelle Jena: Richard Haas, Buch-Nr. 842 780; der Zahlstelle Kottbus: Wilhelm Schamel, Buch-Nr. 987 193; der Zahlstelle Weiskauer: Artur Hermann, Buch-Nr. 808 024; Max Ambrosius, Buch-Nr. 919 797; Fritz Kunert, Buch-Nr. 808 628, ausgeschlossen.

Merseburg.

Adressenänderung. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Merseburg, in Merseburg, Unterallendstraße 25 I, Tel. Merseburg 2966, Postfach Erfurt 111 82.

Bau 6.

Die ausgeschriebene Geschäftsführerstelle für die Zahlstelle Oppeln ist besetzt. Gewählt ist der Kollege Guntav Teuber, Kauffung. Allen Bewerbern besten Dank. Die Verwaltung: J. U. Friz Thieme.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Schiffe werden nicht aufgenommen.) Tüchtiger Glasmacher sowie Gehilfe, gut eingearbeitet auf aufgetriebene und ausgechnittene Denselfachen, Krüge, Karaffen, Glöcher, Körbe usw. in Bleistift- und Ueberjana suchen Stellung. Antritt kann sofort erfolgen. Rudolf Unger, Petersdorf i. Riesengebirge, Nr. 167. Gesucht werden für etwa Mitte Januar circa zehn Tafelglasflüßneider (Vollschneider). Schriftliche Bewerbungen nebst Zeugnisabschriften unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, Alter, Familienverhältnisse und Nationalität sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Köln, Severinstr. 19/799.

Dieses Urteil gibt die Maßigkeit, alle Staublungenentzündungen als Unfall anzumelden und auch zu behandeln. Wir machen unsere Funktionäre in den Vorständen der Krankenkassen, sowie auch die Herren Ärzte auf diese aufmerksam und bitten alles zu tun, um die zahlreichen Lungenerkrankungen in den keramischen Betrieben nach dieser Seite hin zu beachten. Sagt doch der § 7 nach der Verordnung vom 11. Februar 1929, RGBl. I 27, DR. 29, 222, folgendes: „Ein Arzt, der bei einem Versicherten eine Berufskrankheit oder Krankheitserscheinungen feststellt, die den begründeten Verdacht einer Berufskrankheit rechtfertigen, hat die Feststellung dem Versicherungsamt unverzüglich anzuzeigen. Das Reichsversicherungsamt stellt das Muster für die Anzeige fest. Das Versicherungsamt kann gegen den Arzt nach Anhörung der zuständigen Ärztekammer eine Ordnungsstrafe in Geld festsetzen, wenn er die Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet. Auf Beschwerde gegen die Festsetzung der Strafe entscheidet das Reichsversicherungsamt endgültig.“ Der Arzt hat gegen den Versicherungssträger Anspruch auf eine Gebühr für die Anzeige. Für die Höhe der Gebühr gilt § 80 Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung. Das Reichsversicherungsamt übersendet binnen 24 Stunden dem Versicherungssträger eine Abschrift der Anzeige und nimmt die Untersuchung nach § 6 vor. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die sich den Herren Ärzten gerade bei der Feststellung der Staublungenentzündungen ergeben werden, sagt doch der Herr Reichsarbeitsminister in seinem Rundschreiben über die Berufskrankheiten vom 4. Juni 1929 - IIa 4012 - 29 - in Abs. 8 folgendes: „Eine besonders schwierige Aufgabe bildet die Untersuchung von Krankheitsfällen, die, wie die Silikose, nicht immer leicht von ähnlichen Krankheitsformen zu unterscheiden sind, in der Regel in bestimmten Bezirken auftreten und in ihren mannigfachen Erscheinungen bisher nur von wenigen Fachärzten genau bewertet werden können.“ Hier wird guter Wille und soziales Verständnis aller Schwierigkeiten Herr werden. **Lohnstreit in der Kölner feuerfesten Industrie.** Mit der Kündigung des Lohntarifes in der feuerfesten Industrie befaßten sich die Arbeiterräte und Vertrauensleute in

einer am 9. Dezember stattgefundenen Vertrauensmännerführung. In der Aussprache beschloß man sich mit dem gegenwärtigen Einkommen der Arbeiterschaft, das durch die kürzlich stattgefundenen Akkordreduzierungen bis zu 15 Prozent gekürzt worden ist. Die Möglichkeit, mit dem jetzigen Einkommen eine Familie noch ausreichend ernähren zu können, ist kaum vorhanden. Mit einem Stundenlohn von 77 Pf. für den Tagelöhner und 91 Pf. bis 1,08 RM für die an den Feilen und in den Formmaschinen unter großer Hitze und Staub beschäftigten Arbeiter sind die erzielten Verdienste in jeder Beziehung zu gering. Die Bewertung und Erhaltung der Arbeitskraft ist unter diesen Verhältnissen kaum noch möglich. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß auch die Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit über 50 Proz. gestiegen sind, und dauernd befinden sich die Aufsichtspersonen mit den Akkordarbeitern in Streit, noch höhere Leistungen heraus zu pressen. Bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen dürften die Arbeiter fluchtartig die Betriebe verlassen und sich bessere Arbeitsstellen aufsuchen. Es war eine furchtbare Anklage gegen die jetzige Arbeitsweise und gegen das System des Lohnbruders, die in der Aussprache zutage trat. Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie hat zum 31. Dezember 1930 den Lohnstarif gekündigt auf dem Zwecke, den jetzt schon notleidenden Arbeitern den Brotkorb noch höher zu hängen. Diese Empörung bewegt die Arbeiterschaft über dieses Vorgehen, und die Vertrauensmänner mit den Arbeiterräten waren einmütig der Auffassung, daß zur Abwehr weiterer Lohnbruderei eine Konferenz mit den Arbeitern anderer Wirtschaftszweige notwendig ist. An der Arbeiterschaft selbst wird es liegen, ob sie sich bereit findet, weitere Verschlechterungen auf sich zu nehmen. Stärkung der Organisation ist nach wie vor notwendig, trotzdem die Belegschaften mit wenigen Ausnahmen restlos organisiert sind. **Berichtigung.** In der Notiz „Der Stand der deutschen Ziegelindustrie“ in Nr. 50 des „Keramischen Bundes“ im ersten Absatz, vorletzter Satz, befindet sich durch Verlassung einer Zahl ein Fehler. Richtig muß dieser Satz lauten: Von dieser Zahl waren etwa 10 Milliarden Mauerziegel, 1-1/2 Milliarden Dachziegel, 1/2 Milliarde Klinker- und Vormauersteine, 1/2 Milliarde Hohlziegel und 1/2 Milliarde Dränröhren.

Bau- und Zahlstellen

Dresden.

In einer gut besuchten Versammlung der Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes der Zahlstelle Dresden am 28. November 1930 im großen Saale des Dresdener Volkshauses wurde zur allgemeinen Wirtschaftslage und der mit ihr verbundenen Depression Stellung genommen. Insbesondere erfolgte durch die Vertreter der einzelnen Industriezweige Berichtserstattung über die Tarifbewegung des Jahres 1930. Es wurde mit dieser Berichterstattung den Funktionären ein Situationsbild gegeben über die Stellungnahme, die die Gewerkschaft zur Überwindung der bestehenden außerordentlichen Schwierigkeiten eingenommen hat.

Nach den erstatteten Berichten standen wir, im Gegensatz zu anderen Jahren, im Jahre 1930 in fast allen Industriezweigen in der schärfsten Abwehrbewegung gegen die Angriffe der Arbeitgeber, die auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beruhen. Im allgemeinen ist es gelungen, in der größten Reihe der Industriezweige die alten Löhne zu halten und die übrigen Arbeitsbedingungen auf reguläre. In einer anderen Reihe von Fällen konnten trotz der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage und geringen Beschäftigungsmöglichkeit die maßlosen Lohnabnahmewünsche der Arbeitgeber auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Kollege Grafe erstattete Bericht über die allgemeine wirtschaftliche Lage, über die Ursachen und Wirkungen der deutschen und Weltwirtschaftskrise. Bezugnehmend auf die von ihm vertretenen Industriezweige, Papier- und chemische Industrie, konnte festgestellt werden, daß die alten Verträge des Vorjahres unverändert weiterlaufen. Die Verträge der Gummiindustrie sind gekündigt, aufgenommenen Verhandlungen gescheitert. Scharf wurde von ihm das Treiben der FPD, geißelt, die Spaltung der Gewerkschaften durch Gründung roter Gewerkschaften durchzuführen. Einmütige Ablehnung dieses Vorgehens muß von allen objektiv denkenden Gewerkschaftlern erfolgen.

Kollege Mager gab Bericht über sämtliche problematische Gruppen, wie Ziegel, Beton, Kalk, Schmelzstein, Sand- und Kieswerke und Steinbrüche, sowie über die Nahrungsmittelindustrie, Konserven, Margarine, Mineralwasserindustrie und chemische und Weichwäckerereien. In seinen Ausführungen spiegelt sich vor allem die Unruhm in der baustoffherzeugenden Industrie, wo in fast allen Gruppen Angriffe auf die Verträge vorliegen, die zum großen Teil abgewehrt werden konnten und zum anderen im Einverständnis mit den betreffenden Kollegen geregelt werden konnten. In der Ziegelindustrie ist nach fast siebenmonatigem Ringen um einen Lohnvertrag jetzt die Verbindlichkeit des Schiedspruches vom Schlichter ausgesprochen worden. Die Verbindlichkeit wird von den Arbeitgebern mit allen Mitteln bekämpft. Diese Industriezweige hat ganz besonders durch den Druck des tariflosen Zustandes zu leiden gehabt.

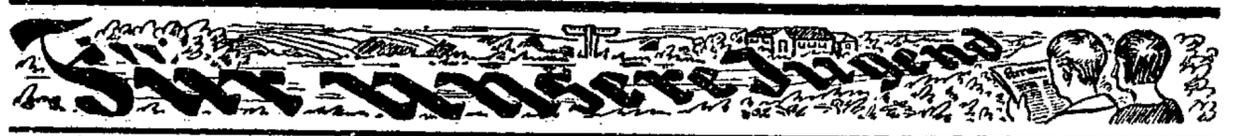
In der Nahrungsmittelindustrie sind die alten Verträge weiter bestehen geblieben, und im Vertrag der Margarineindustrie ist eine Vereinbarung geschlossen worden, wonach Entlassungen erst nach Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausgleich vorgenommen werden können. Ebenso bestehen in den Weichwäckerereien und chemischen Waschanstalten die alten Verträge weiter. Aus dem Bericht des Kollegen Bauer ist zu ersehen, daß in allen Gruppen der Glasindustrie, außer der Weichglasindustrie, Gruppe IV, wo durch Schiedspruch ein Abbau von drei Prozent festgelegt wurde, die Verträge weiter bestehen. Der genannte Abbau ist von der Arbeitnehmerchaft abgelehnt worden.

Durch den Bericht des Kollegen Zimmermann wurde festgestellt, daß in den Industriezweigen: Gummi-Industrie, Gummi-Mechanik- und Maschinenbau-Industrie die alten Verträge unverändert weiter laufen. In der feuerfesten Industrie wurden die Verträge schon Anfang des Jahres und im August abermals gekündigt. Der Vertrag konnte in seinen wesentlichen Teilen ohne Schaden für die Arbeiterschaft erneut abgeschlossen werden. Das größte Werk der feuerfesten Industrie am Orte, der Betrieb von Villero & Koch, ist stillgelegt. Da von allen Verehrten und auch von der Regierung der größte Wert auf Erhaltung dieses Wertes gelegt wird, schweben bereits Verhandlungen zur Wiederaufnahme des Betriebes. Zum Abschluß haben dieselben noch nicht geführt. An die Berichte schloß sich eine Diskussion an, die vor allem von den oppositionellen Kollegen des Werkes Papierfabrik C. Th. Kreßmar bestritten wurde, deren Ausführungen vom Kollegen Grafe und den Kollegen der anderen Industrien auf ihre Wichtigkeit zurückgeführt wurden. Kollege Grafe teilt weiter mit, daß für die Ausgestaltung unserer Organisation eine einmalige Unterstützung in Höhe eines Wochenlohes beschlossen worden ist, und daß die Verwaltung für alle nach dem 15. November 1930 arbeitslos gewordenen Kollegen und Kolleginnen eine Weihnachtsgeldunterstützung in Form eines Lebensmittelbogens gewährt. Die der Funktionärversammlung vorgelegte Entschließung folgenden Wortlauts fand Annahme gegen vier Stimmen:

„Die anwesenden Funktionäre des Verbandes erkennen den Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Arbeitlosen, Opfer einer verheerenden Wirtschaftskrise, müssen geschützt werden. Deshalb verlangen die Funktionäre, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitsplätze geschaffen werden, um Hunderttausende wieder in Arbeit zu bringen. Ueberarbeit ist abzulehnen. Dafür sind Leute einzustellen. Ueberall muß der Versuch gemacht werden, das Meer der Arbeitslosen zu verringern. Die Funktionäre wissen, daß die Unternehmer darauf bedacht, auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Betriebe rentabel zu gestalten, diesen unseren Bestrebungen stärksten Widerstand entgegenstellen. Nur die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in organisatorischer Hinsicht ist in der Lage, Besserung zu erreichen. Mit großer Entrüstung lehnt man das arbeiterverräterische Treiben der FPD, daß durch Gründung der RW, die Arbeiterschaft wehrlos dem Unternehmer preisgibt und die Bemühungen der Nazis, ebenfalls durch Gründung von gelben Verbänden die Arbeiterschaft zu schwächen, ab. Wir aller Energie wird man diesen Feinden des Proletariats entgegenzutreten und dafür sorgen, daß die Organisation noch besser ausgebaut, die Einheitlichkeit wieder hergestellt und dadurch die Grundlage geschaffen wird, um den Abwehrkampf erfolgreich durchzuführen zu können.“

Gräfenthal.

In der am 14. Dezember 1930 stattgefundenen Verwaltungssitzung, in der Kollege Erdmann, Almenau, anwesend war und über die Jugendbewegung im Verband sprach, wurde einstimmig beschlossen, die Jugendlichen in den Orten Gräfenthal, Lippelsdorf, Reichmannsdorf, Schmiedefeld und Pfaffen, in Jugendgruppen zusammenzuschließen. Die anwesenden Vertreter der Jugend aus den genannten Orten wurden beauftragt, die Vorarbeiten so zu erledigen, daß im Januar 1931 die ersten Zusammenkünfte stattfinden können.



Soziales Wandern.

Die meisten von unseren jungen Kolleginnen und Kollegen gehen auf Fahrt, wenn sie dazu überhaupt einmal die Gelegenheit haben, aus Momantik und weniger mit dem Bewußtsein, einmal herauszukommen aus dem Alltag, noch weniger mit dem Bewußtsein, andere Menschen kennenzulernen und ihre Stellung im Gesellschaftsleben überhaupt zu studieren. Von sozialem Wandern kann da natürlich nicht die Rede sein. Wir dürfen das unseren jungen Kolleginnen und Kollegen nicht übernehmen. Wenn man soziales Wandern betreiben will, muß man schon dazu erzogen worden sein oder zumindest auf die Bedeutung des sozialen Wanderns aufmerksam gemacht werden. Soziales Wandern ist deshalb wichtig, weil es ein Stück sozialistische Erziehung ist. Nicht die Zahl der zurückgelegten Kilometer bringe heim, sondern erweiterte Einsicht in das vielgestaltige Leben der Menschen. Das ist soziales Wandern. Zum gedankenlosen Wandern haben wir keine Zeit, das überlassen wir den Speichern, wir müssen lebend wandern. Ob wir nun im Zuge fahren oder auf der Landstraße tippeln, überall müssen wir die Augen und Ohren offen halten. Oft ist es schöner, am Abend beim Bauer im Heu Quartier zu suchen als in der Stadt. Eine gute Unterhaltung mit dem Bauer, der Bäuerin oder dem Ackerer usw. gewährt einen interessanten Einblick in das Leben dieser Menschen. — Noch interessanter ist der Besuch eines Hauswebers, die noch vielfach anzutreffen sind. Schon beim Anblick der alten haufälligen Häuser der Weber sieht man, daß tiefes Glend herrscht. Man tappt durch den finsternen Flur des Hauses und steht in einer fast ebenso finsternen Stube. Der Weidstuhl klappert so laut, daß der Weber den eintretenden Besucher gar nicht hört. Sagt man, daß man noch nie einen Weber an der Arbeit oder noch gar keinen Weidstuhl gesehen hat, so kann man sicher sein, einen Erklärer gefunden zu haben, der uns einflüßert in ein neues Reich menschlichen Leidens. Oft ist die Werkstatt zugleich Wohn- und Schlafraum für die ganze Familie. Der Weidstuhl am Fenster nimmt den meisten Platz ein. Das wichtigste ist aber für uns die Unterhaltung mit den Weibern. Sie werden geistreich, wenn man ihnen wissen läßt, daß man nicht nur ihr Dasein versteht und sie bemitleidet, sondern bereit ist, ihnen zu helfen, wann und wo man nur kann. Man kann dabei beobachten, daß das Glend die Menschen denken gelehrt hat. Sie vertrauen nicht mehr auf Gott, sie wissen, daß sie sich nur selbst erlösen können aus ihrem elenden Dasein. — So gibt es für uns überall Gelegenheiten, unseren Blick in das Leben der Menschen zu erweitern. Für einen Groß-

stadtenschen wird es interessant sein, auf dem Lande die Menschen und ihre Arbeitsverhältnisse sowie Lebensverhältnisse kennenzulernen. Während umgekehrt ein Kleinstädter sein Augenmerk hauptsächlich auf die Technik in der Großstadt richtet. Bewußt, es ist oft schwer, in einer Fabrik herumgeführt zu werden. Das darf uns aber nicht zurückschrecken und man muß alles mögliche in dieser Beziehung versuchen. Ein Vergewerkbesuch ist mit Lebensgeföhr verbunden und daher sehr oft unmöglich. Man bekommt aber schon einen ganz guten Einblick in das Leben eines Vergewerkes, wenn man sich mit Gewerkschaftskollegen aus dem Vergewerk unterhält. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß Jugendgruppen, die eine Fahrt gemacht haben, nicht ins Gewerkschaftshaus durften. Der Jugendleiter hatte es ihnen verboten (wegen des Alkohols), sie sollen lieber in der Jugendherberge bleiben. Das ist verkehrt. Gerade in Gewerkschaftshäusern bieten sich Gelegenheiten, sich mit Kollegen darüber zu unterhalten, wie es in ihrer Industrie aussieht. Man kann dabei nur lernen, und das Gefühl der Solidarität und des Verbundenseins wird dadurch gestärkt. — So könnte man viele Beispiele anführen, wie soziales Wandern getrieben werden kann. Ob das nun in der Großstadt, auf dem Lande, in Bergwerken, in einer Weberstube oder beim Heimarbeitler ist, überall kann der Mensch, der sich bilden will, seinen Gesichtskreis erweitern und über seinen eigenen Horizont hinwegsehen. Dabei kann man außer diesem Genuß noch genügend die Natur kennen und genießen lernen. Vor allem Neide man sich bei Wanderungen einfach und bilde man sich nicht zum Schnellläufer aus. Bei Gemeinschaftswanderungen fügt man sich in die Ordnung und stellt sich hilfsbedürftigen Kameraden mit Rat und Tat zur Seite. Solidarität bindet sich im Rudel ein leeres Plätzchen, so nehme man einige Flugblätter oder Zeitungen mit. Es gibt genug Gelegenheiten, derartige Sachen an den richtigen Mann zu bringen. Wir leisten dabei eine gute Pionierarbeit für unsere Idee. — Von der Ferienfahrt heimgekehrt, kann man dann wieder ins Leben mitbringen, die einem unvergeßlich bleiben. Sie führen zu neuem Mut und härten uns zu unserem Befreiungskampfe. Wir können überall wirken für Einheit und Zusammenschluß aller Proletarier in den freien Gewerkschaften. — Wandere langsam! Lieber gründlich ein kleines Stück Welt gesehen als ein großes nur halb. Augen und Kopf für alles, was Mensch heißt und Menschwerk. Das ist soziales Wandern. F. F. F.

UNTERHALTUNG & WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Wer den dunklen, geheimnisvollen Vorabend nicht zu deuten verstand, sah nur einen der ewig gleichen, unabänderlichen, neuen Tage mit widerlichem Alltagsgram und eintöniger Werksarbeit heraufziehen. Er gönnte ihm dann auch nur das alte Bierumwanzungstümpelchen, das von einem Sonnenaufgang bis zum nächsten reicht.

Und irrite doch, denn das Stundenglas dieses neuen, aufsteigenden Tages war groß und gewaltig und ruhte in einer überirdischen Hand. Das rinnende Sandhorn wies nicht mehr kurze Atemzüge und rasch eintrende Verzögerungen, nein, Tage, Wochen und Monate als Sekunden aus. Der neue Tag wurde zum unendlichen Tage. Er geht durch lange, bange, schicksalgefüllte Jahre hindurch. Seine Dauer erzeugt in allen Menschenherzen würgendes Entsetzen. Er zwingt Millionen von Händen zum Beten, daß der Tag endlich . . . endlich zur Rüste geht.

Das Ereignis allein bestimmt die Zeit und ihr Maß, Beginn und Ende, nicht umgekehrt die Zeit das Ereignis. Anteilbares und vom Schicksal zum Zusammenhang Bestimmtes zerschneidet keine Menschenwillkür, die aus einem armseligen Tanz der Erde um sich selbst Tag und Nacht abteilen und schaffen will, nur um sich auf Erden in der unwichtigen Kleinheit zurechtfinden zu können.

Im unendlichen Tage ist alles unendlich. Darum sieht man in seinem Ablauf das Ganze, Geschlossene und Ueberwältigende. Kleines und Stüchziges tritt in den verschlingenden, dunklen Schatten. Der Schatten ist tiefer als der eines braven, behelbenden Mittags, denn das hereinbrechende Licht ist greller und sengender. Im vervielfältigten Lichte dieses unendlichen Tages gibt es kein Selbsttäuschen und kein Täuschen der andern. Was nacht ist, bleibt nacht, ob die Schönheit an der Wiege stand oder die Häßlichkeit zum Grauen führte.

Darum ist der unendliche Tag, vom Schicksal der Erde warnend geschickt, auch der Tag, der zur Erkenntnis und zur Wahrheit führt.

Und er beginnt . . . Die Wolken wuchsen zu dunkelragenden Hochgebirgen am Himmel zusammen. Millionen Augen sahen in Angst, Sorge und Bittern das Aufeinanderstürmen. Die Schwüle und Spannung ging ins Unerträgliche. Plötzlich kam der Sturm auf und legte die Gassen der Welt entlang. Er rüttelte an den Fensterrahmen, riß an den Dachziegeln, raubte den knorrigen Ästen stolzer Nester und entwurzelte hochragende Niefen, die ihre Wurzeln zu flach im halligen Sandboden kriechen ließen. Die Wetterfahnen der Kirchen und Dome ächzten und schrien, daß die Döcker-Isen aus den Schallhörnern fliegen und unheilverkündend die Türme umkreisen.

Der Blitz zerriß plötzlich das geballte Dunkel, zerriß das fahle Licht, zerriß das Schweigen, die Schwüle, das Wogen, Beten, Krächeln, Ähnen und Fürchten. Es war, als führe eine lobende, feurige, alles zerschmetternde Faust aus endloser Welt-Offenheit am Himmel der Erde entlang.

Auf das jagende Feuer nickt wie eine Schrift auf wolken-schwarzem Grunde?

Schrieb nicht eine überirdische Hand ein warnendes Mene-tel? Millionen Augen spürten in das blendende Feuer. Hirne versuchten zu enträtseln und zu entziffern. Hände hoben sich. Zitternde Lippen flüsteren: Ein Zeichen! Aber die kühlen Weisner, für die das Zeichen bestimmt war, sahen von ihren Plänen, Littern und Karten nicht erst auf. Für sie gab es weder ein Zurück noch ein Entkommen. Die seit langen Jahren auf-geläumte, mächtige Maschine des Todes schlang ihre Ähnen, Hebel, Steuerungen und unbrennbaren Räder. Nur ein Ver-neger der Triebkräfte konnte die tobenden, schwingenden, stampfenden und zermalmenden Räder und Hammer zum Ver-halten bringen.

Dann wäre vielleicht . . . vielleicht die Zeit gewesen, um auf warnende Flammenschriften zu achten. Jetzt geizte man nur noch um Sekunden und erkannte und begriff nicht, daß der unendliche Tag Sekunden und Herzschläge nicht mißt.

Kochen . . . Bersten . . . Erzittern . . . Grollen . . . Tojen . . . Unendliche Wallerströme brachen herüber. Meere ergossen und erschöpften sich. Neue Schritten flammten auf. Niemand fand mehr Zeit zum Entziffern. Ein bitter und irrer Taumel kroch wie ein sich freßendes Gift in das Blut der Menschen. Alles Trümmen an Gutes, Schönes, Reines, Menschliches, Ver-nünftliches, Gottgebotes, Gelobtes und Erklommenes versank und verlöschte.

Der Sturmgeißel, groß und ungegährt, stand wieder auf und redete seine Glieder zum Orkan. Er fachte im Au den im Hohenortum des Weltendomes jah geendeten Blitz zur lodenden Flamme an. Die aufzuckende Rote frag sich in den dunklen Himmel hinein und überwarf die Welt mit dem Blutigsein der Verdrängung und Zerstörung.

„Krieg!“ schrie die zerringende Glode und vertropfte ihr ebls, klingendes Metall in der Blut des Brandes. Die auf-flammenden Wäse schrieben das Wort verneinender Religion über den weiten Erdbinnen: „Krieg!“ Hebräisch, griechisch, die Menschenherzen zur Blüte und zum Stoden. Eine, Kolze und jiter . . . lungten sich zur Mutter Erde. Hände reckten sich zum Himmel bekannan und nicht erkannten Glaubens. Jäh, bißen aneinander, um das ferne Saligen zu verstanden. Scha-lichtige Augen sahen in die Weite, begriffen nicht, fühlten nur die ausgebreite Ferne und Peere, durchdrungen Blut und Knecht nicht mehr, wästen und wästen.

Nur in die Geselgenheit aller Geränge nicht eine weiße, harte Stimme: „Liebe auf Erden!“??

In Morgen dieses unendlichen Tages zog die Straße . . . Welt entlang in Reih und Glied eine gewaltige, nie abzuhende Menschenmenge: Betend, kräftige, gebräunte, aufrechte Gestalten; Bismarck an der Front, Eigenart an der Spitze. Der Schritt, der und weitensgreifend, drohte auf dem Pfad der Kinder-scharen, aus Häusern und Gassen stürzend, gaben ein un-abkennbares Geleit. Mädchen und Frauen mit zusa-mmengepreßten Lippen, gingen an beiden Seiten des unendlichen Tages. Selbst Mütter mit Stralungen auf der Armen ver-fügten, den weitensgreifenden Schritt zurückhalten. Von allen Feindern winkten Hände, grüßten und neigten sich Herzen. Immerregen zierte herüber. Die letzte Blüte des Gartens, das kaum geerntete Rosenkranzblau vom sommergrünen mor-gengeläuteten Strande: Geleit! Hingabe! Lieder! Dank! Letztes Grüßen!

Endlos der Zug.
Endlos und unaußhörlich.
Endlos, wie der unendliche Tag selbst.
Das Wort die Kinder des Volkes, die Söhne des Vaterlandes, kein Blut und Fleisch, keine Gabe und Verheißung, keine Zukunft und kein Hoffen, keine Kraft, kein Hirn, keine Gedanken und keine Melodien. Ein hellender Ruf führte sie in

Reih und Glied. Opferbereit. Niemand von ihnen dachte an ein schwaches Bögern. Jeder Gegenfug wurde vom Ernste des beginnenden unendlichen Tages gelöst und Millionen schwuren sich mit heiligen Eiden zu, sie seien von nun an für alle kommenden Zeiten Gleiche, Freie, Brüder geworden. Nie könne ein Unterschied nach solchen Opfern noch je unter die tobereiten Söhne einer Heimat Erde geschleudert werden. In diesem Glauben wuchs sich der Zug zur Endlosigkeit aus.

Andere Menschen folgten. Sie waren gebeugter, älter, müder. Da und dort schimmerte graues Haar an den Schläfen. Dem Schritt mangelte das Drängen der vollen, ungebeugten Manneskraft. Es war müde und jögern geworden Gang. Die Gesichter? . . . Sorgen durchsuchten die Stirnen. Wissen um die Schatten des Lebens lag in den Augen. Die sahen starr gegen die dunkle Wand, die ohne ein Tor zu weisen, immer und immer wieder den unendlichen Zug verschlang.

Vereinzelt, grüßte noch ein dünnes Eichenzweiglein am Rod. Selten trat noch ein Mensch an das Fenster, um zu grüßen, zu winken oder zu danken. Wer konnte auch am frühen Morgen vorauswissen, daß der begonnene Tag und der schreitende Zug unendlich sein würden? Die Gärten hatten ihr letztes Blüten längst geopfert. Für Mühsünderes warf der blankgestoßene Spaten die fruchtbergende Erde um. Der begleitende Schwarm zu beiden Seiten des Zuges wurde mit jeder Minute dünner, zögernder und hebrücker, versiegt zuletzt wie ein Bäcklein im gierigen Wüstenlande und ließ das Endlose, Erschütternde und Einjamerwerden des stummer gewordenen Zuges schärfer und herber hervortreten. Nur noch aus der Ferne, von weit her, wo die Ersten verschwanden, hallte der Sang von der wieder-gefundenen Heimat herüber. Die Ersten hatten ihn im brünstigen Glauben der Zukunft entgegengeschrien und in schuldbehafteten Herzen Vorjüche für später wachgerufen. Die Nächsten im unendlichen Zuge summten, nach vorn horchend, die leicht im Ohre liegende Melodie mit. Aber mit jedem neuen Gliebe des unendlichen Zuges verhallte Singen und Klängen. Das letzte Echo verwehte in alle Winde der Welt. Dann stieg aus der Tiefe der Hirne und Herzen das Schweigen des Unglaubens und der Ernst einer unumstößlichen Gewißheit herauf und meißelte die Gesichter zur Starre.

Nur der Schritt gab noch Klang: Verhalten, weilschrittig, dumf.

Endlos der Zug.
Endlos und unaußhörlich.
Endlos, wie der unendliche Tag selbst, der aufstieg zu der Stunde, in der es Hochmittag ist.

Junge Schauspielerin klagt:

Wörtlich aufgenommen von Maria Leitner.

Ohne Ueberzeugung vegetarisch zu leben, schlecht zu wohnen, Pappe auf die durchgekauften Schuhsohlen zu legen, einen selbstgeheimerten Hut zu tragen, ist bei weitem noch nicht das Schlimmste.

Das Schlimmste ist die Angst. Die Angst vor Agenten, Direktoren, Dramaturgen. Das was einem Angst macht, ist nicht so sehr das Wort, nicht einmal das Vorsprechen. Sondern nur das Wissen, daß man spricht, deklamiert, Tränen vergießt, sich aufregt, aber der Zuhörer, oder der es wenigstens sein sollte, der Richter, der über das Schicksal entscheiden soll, hört gar nicht hin. Man kann es ja so gut begreifen. Wie genau kennen sie das alles. Jeden Monolog und sämtliche Leidenschaftsausbrüche. Wie gut läßt sich sicher dabei an anderes, wichtigeres denken.

Ich komme aus einer kleinen mitteldeutschen Stadt. Meine Eltern haben dort auf dem Marktplatz ein kleines Konfektions-geschäft. Jeden Tag nach der Schule lief ich hin. Von dort habe ich alles gesehen. Krieg, Revolution, Hunger, Partei-kämpfe, wie sich unsere Zeit in den Gesichtern von ganz ein-fachen Menschen spiegelt. In einem kleinen Ort kann man das Leben, glaube ich, noch besser beobachten als in der Groß-stadt. Man kennt die Hintergründe, das persönliche Leben der Akteure. Masse Mensch hat dort eher ein Gesicht. Ich wollte alle und alles nachahmen. Wie oft wurde ich bestraft, weil es mir zu gut gelang.

Es war nicht leicht, meine Eltern davon zu überzeugen, daß ich Schauspielerin werden möchte. Es war ein Opfer, mir das Studiengeld zu geben. Ich war 18 Jahre alt, als ich nach Berlin kam. Jetzt bin ich 24 und habe noch nichts erreicht. Nichts. Ich habe einmal bei einer Sondervorstellung in Potsda die Julia gespielt und in Greifswald Rautenbein, in Berlin war ich einmal ein vorlautes Dienstmädchen und einmal eine Heze.

Katastrophale Vermehrung.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Not, die Arbeitslosigkeit und all das Elend lassen die bange Vermutung entstehen, daß eine furchtbare Katastrophe hereinbrechen muß, weil es ein Zuviel an Menschen auf der Erde gäbe, daß der Kampf ums Dasein mit der fortschreitenden Zeit unerbittlicher und aus-sichtsloser würde.

Die gegenwärtige schwere Krisenscheinung gründet sich eher keineswegs auf die Vermutung einer Ueberbevölkerung der Erde. Unsere strukturböler drohen im Gegenteil in ihrer Zahl und Kraft zu verfallen. Das schlagende Beispiel dafür sind die zentral-europäischen Völker: Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz und Oesterreich. Ihre Bevölkerungsziffer nimmt ab. S den letzten Geburtenrückgang ab. Die Sorge der Völker und Sozialhygieniker aller dieser Völker ist heute schon klar ausgesprochen worden: Wenn der Geburtenrückgang an-hält, verfallen die Völker. Sie scheiden aus der Reihe der Kulturvölker aus.

Eine andere interessante Frage wirft sich auf, mit der zu beschäftigen: Es sich lohnt.

Was wäre wohl ein, wenn es keine Sterblichkeit von Kin-dern und Jugendlichen wäre?

Wie wäre es aus, wenn Tiere und Menschen erst dem Tode anheimfielen, wenn sie sich selbst erst fortgepflanzt hätten?

Die Frage ist nicht neu. Sie hat den Altmeister der Le-bensfragen im tiefsten Sinne, Charles Darwin, auch beschäf-tigt. Er hat höchst interessante Auffstellungen dazu gemacht. Er sagte: „Es gibt keine Ausnahme von der Regel, wonach jedes Lebewesen sich auf natürlichem Wege so stark vermehren würde, daß die Erde von den Nachkommen eines einzigen Paares bald bedekt sein würde, wenn es keiner Vernichtung ausgesetzt wäre.“

Die geringste Fruchtbarkeit unter den tierischen Lebewesen weiß der Elefant auf. Darwin legte seiner Berechnung die Beobachtung zugrunde, daß der Elefant erst im 30. Lebens-jahre zur Fortpflanzung schreitet und sie nicht später als bis zum 90. Jahre fortsetzt. Im Alter von 100 Jahren ungefähr stirbt der Elefant, und in den 60 Jahren seiner Fortpflanzungs-tätigkeit hat er nur 6 Junge gezeugt. Wenn nun alle Ab-kommlinge eines einzigen Elefantenpaares sich fortzuzüchten.

Die Menschen verschwanden von den Gassen und jagten der Arbeit nach, die sich auf immer weniger Schultern verteilte. Die Zeit zum Gaffen und Staunen fehlte. Das Abschleppen wurde kürzer, abgerissener. Arbeit . . . Arbeit . . . Arbeit! Für die Unzähligen, die feierten und dafür die lange Straße der Welt entlangschritten, mußte gearbeitet, gehämmert, geweht, gepflügt, geschmettel, gegraben, gebrösch, gefördert, gegossen, gerechnet und gejagt werden. Wer konnte da noch fragen, wer gerade die Straße entlang zog? Wer man vielleicht trotz aller Klugheit und Unentbehrlichkeit nicht demnach selbst dabei? Wann?

Dieses „Wann?“ stand an allen Giebelwänden, tanzte bei Arbeit und Mühsal vor den Augen, froh nächstens mit unter die Bettdecke und stand morgens als Mahner am Bettrand. Es vergällte die stillste Freude und ertränkte das harmloseste Lachen.

Denn: Jetzt war es schon lange keine Ehre und kein Stolz mehr, in dem blöhen Zuge zu marschieren. Nirgends winkten keine, liebe verlangende Mädchenhände mehr, flatterten Blumen aus den Fenstern hernieder. Kein Singen befeuerte den Schritt. Wissende sprachen, ins Ohr raunend, bereits von einem andern Zuge, der im Dunkel himmelhoher Giebel auf enger Straße, Wagen an Wagen mit zerfetzten, zertrümmerten, geschändeten, zerschlagenen, wimmernden Menschenleibern, heimwärts zog.

Leichter der Schritt. Leichter und windverwehter der Hall. Jugend ging in Reih und Glied. Vereinzelt steckte ein Aelterer dazwischen, nur durch ungeländerten Gang, gräuerliche Haare, durch-furchtere Stirn von der daneben marschierenden Jugend unter-schieden. Kannte er nicht das Ziel des endlosen Zuges? Ihm war nichts mehr fremd! Nichts! Er war ein wirklich Wissender, der überzeugt war, daß es keine Heimkehr mehr gab.

Und er sprach davon. In kurzen, stoßenden Sätzen. Junge Gesichter verfärbten sich. Sie wurden lebend und . . . weinten heimlich hinter bedeckter Kinderhand. Wenn wenigstens ein Geleit gewesen wäre! Wenn wenigstens.

Der Narbenbedeckte spricht es in Nebelstößen. „Der Wind trägt seine Worte nach rückwärts. Andere Gesichter verfärbten sich. Fingerringe bequälter schreit, vom Entsetzen gepackt, auf: „Schweig!“

Andere Narbenbedeckte sind nun gereizt. Ihre Berichte haben schwärzere und längere Schatten. Sie spötteln über die bunten Wänder und glühenden Sterne und Christuskreuze auf den abgetragenen Köden.

Endlos der Zug.
Endlos, wie der unendliche Tag selbst, der langsam dem Mittag entrinnt.
(Fortsetzung folgt.)

Du lieber Gott, ich war überzeugt, man würde, bis ich 24 Jahre alt wäre, eigens für mich Theaterstücke schreiben. Erst in Berlin hatte ich erfahren, daß es Rollenbücher gibt und daß sich alle Theaterstücke ähneln, wie ein Ei dem anderen. Ich wollte Charakterdarstellerin sein. Aber alle versichern mir, daß mir noch „die richtige Fülle fehlt“. Charakterdarstellerin-nen müssen tief sein oder wenigstens eine komische Figur haben. Uebrigens gibt es gar keine Rollen, wie ich sie spielen möchte. Ich möchte gewöhnliche, einfache Frauen spielen, Menschen.

In den Theaterstücken haben stets nur die Männer einen Beruf, Gewohnheiten, Ambitionen, aber nie die Frauen. Eine Ehefrau wird immer nur ihren Mann betrügen, oder sie wird von ihm betrogen, dann ist es ein Drama, oder alles das ge-schieht nur einmal, dann ist es ein Lustspiel. Aber wie wird auf der Bühne dargestellt, wie sie mit ihren Kindern oder Dienstmädchen spricht, wie sie einkauft.

Manchmal fürchte ich, ich werde halb von meinem schred-lichen Zimmer, von dem schlechten Essen, von diesem ewigen Vor-dem-Nichts-Stehen genug haben. Ich könnte zurück zu meinen Eltern. In unserem Geschäft arbeitet ein junger Mann, der mich heiraten möchte, ein ganz netter, junger Mann. Das ist das Schlimmste eigentlich, daß ich die Aus-sicht habe, in einem braven, bürgerlichen Leben zu enden.

Und ich möchte so gern spielen. Eine Lehrerin, die alt wird neben immer neu aufwachsender Jugend. Oder eine Politikerin. Oder auch die Hedda Gabler. Wissen Sie, als dämonische Gans. Mit Schinkenarmeln und Volants, mit Ein-lage in der Friir und Frou-frou, in einer lächerlichen, über-ladenen Umgehung, wie man sich in den neunziger Jahren Schönheit vorgestelt hat.

Eine norwegische, Kleinstädtlerin, die einige Pariser Romane schlecht verdaut hat.

So würde es nach 760 Jahren 19 Millionen Abkommen von diesem einzigen Paare geben.

Die Kaninchen, deren Fortpflanzungsfähigkeit und rasche Vermehrung uns bekannt ist und die in Australien dadurch zur Landplage wurden, weil sie sich nach ihrer Einführung unge-hindert vermehren konnten, zeigen ein noch viel schnelleres Anwachsen. Rechnet man auf einen Quadratfuß nur 2 Kanin-chen, so würden die Nachkommen eines einzigen Kaninchen-paares schon in der 10. Generation die gesamte Erdoberfläche bedecken.

Würden die Vermehrungsverhältnisse des Stodfisches keine Vermutung durch Vernichtungen erfahren, so wäre schon im 3. Lebensjahre ab jährlich 2-9 Millionen Eier, was nach 3 Jahren, wenn es keine Störungen gäbe, 40 Milliarden Tiere ergäbe, die die Schifffahrt unmöglich machen würden.

Jedermann kennt wohl das Vilsentrant. Eine Pflanze er-zeugt jährlich etwa 10 000 Samen. Würden sie alle sich fort-geleitet zu Pflanzen entwickeln, also keiner verlorengehen, so gäbe es in fünf Jahren 10 000 Billionen dieser Pflanzen, also ein unvorstellbares Dickicht auf der Erde, das 144 Billionen Quadratmeter bedecken würde.

Muaps, ein Gelehrter, hat von einer Infusorienart eine Vermehrungstätigkeit errechnet, die alle bisherigen Zahlen in den Schatten stellt. Die Tiere vermehren sich durch Teilung, d. h. aus einem Tiere entstehen zwei neue Tiere. Das alte spaltet sich gewissermaßen. Die Teilung geht in einer Stunde viermal vor sich. Nach einem Monat erreicht das Stammtier seine 150. Generation. Würde Fortpflanzung auf keine Weise gehemmt werden, so wäre die Menge bis in die 150. Genera-tion entzündender Kleinlebewesen — Infusorien kann man nur mit dem Mikroskop bei sehr starker Vergrößerung erkennen — eine Million mal so groß als die Sonne!

Dat es in der Natur diese Dinge noch nicht geschehen, die ja schon bei der Vermehrung eines einzigen Lebewesens die Lebensmöglichkeiten für alle anderen auslösen, so liegt die Gefahr einer Ueberbevölkerung der Erde durch den Menschen erst recht nicht im Bereich der Möglichkeit, zumal seine Ver-mehrung sich im Rückschritt befindet.

M i l l i D a m m.